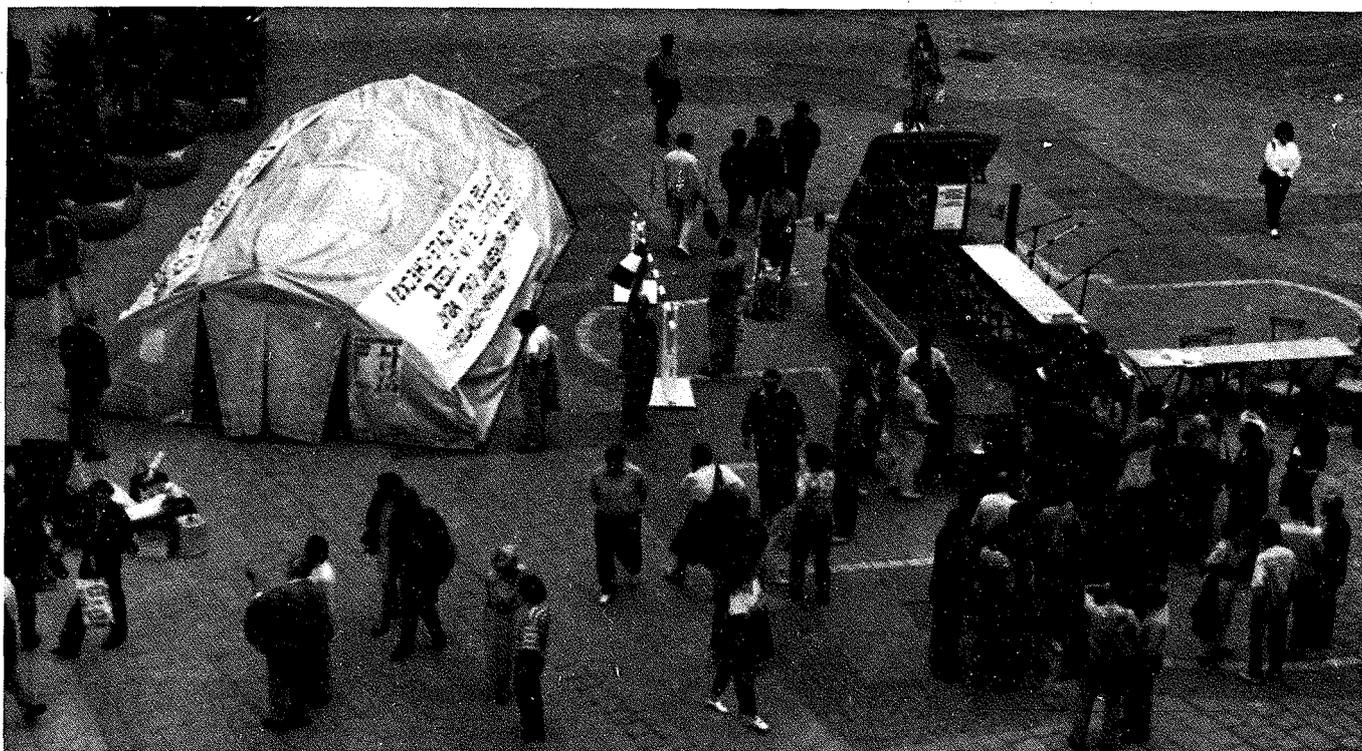


Österreichische Asylpolitik: Heim nach Schengen?

“Der vorliegende Gesetzesentwurf ist weder mit dem Vorentwurf [zur EG-weiten Harmonisierung des Asylrechts, Anm.] noch mit dem Schengener Abkommen unvereinbar” — mit diesen Worten schließt das Vorblatt zum Entwurf zum neuen Asylgesetz. Schengen — das bedeutet: Grenzen zu, Polizei-“Nacheilrecht“ über Grenzen hinweg, zentrale Datenerfassung, Asylanträge können nur in einem Mitgliedsstaat gestellt werden. Mit der Neufassung von Asylgesetz und Bundesbetreuungsgesetz soll Österreichs Asylpolitik jetzt endgültig EG-reif werden.

.....auf den Seiten 2 bis 4



Bis 22. Juni: Flüchtlingslager vor dem Wiener Stefansdom

weitere noch:

- Berichte über Nazi-Aktivitäten in der ex-DDR, in der CSFR, der BRD und in Norwegen
- Südafrika, Türkei/Kurdistan, Italien, Japan, USA und Frankreich
- NAT und Stalin
- eine ganz große Überraschung (Stichwort: ADH)
- u.v.a

KEINEN METER MEHR! Neue TATblatt-T-Shirts

Rechtzeitig zum Sommer gibt's jetzt das TATblatt-Pickerlmotiv "STOP DEM AUTOTERROR" (in leicht abgeänderter Form) auch auf T-Shirt.
um nur 100,-

Details im Innenteil

Die Perfektionierung der österreichischen Deportationsmaschinerie soll jetzt mit einem neuen Asylgesetz und einem neuen Bundesbetreuungsgesetz fortgesetzt werden; als letzter Teil soll Ende 1991 ein Einwanderungsgesetz folgen.

Asylgesetz

Wie üblich werden mit diesem Gesetz Vorgangsweisen, die schon bisher ohne gesetzliche Grundlage bzw. via Erlaß praktiziert wurden, rechtlich verankert. So werden laut §28 jene Fälle als "offensichtlich unbegründet" gewertet, in denen

"1. der Asylwerber nicht in der Lage ist, seine Identität und insbesondere seine Staatsangehörigkeit ... glaubhaft zu machen;

2. der Asylwerber Staatsangehöriger eines Staates ist, ... von dem auf Grund der allgemeinen Erfahrung seiner Rechtslage und Rechtsanwendung anzunehmen ist, daß in diesem Staat in der Regel keine begründete Gefahr einer Verfolgung ... besteht;"

— also die bisherigen "Schimmelbescheide" auf eine solide rechtliche Basis gestellt. Umgekehrt wurde das Gesetz — wie bereits eingangs erwähnt — so konstruiert, daß es, sobald die EG-Asylnormen konkreter werden, an diese angepaßt werden kann. Eine — bereits im EG-Recht und bald auch in Österreich — verankerte Klausel ist das "Erstasylprinzip", das wiederholte oder parallele Asylanträge in verschiedenen Staaten unmöglich machen soll.

Während das Asylgesetz keine Bestimmung enthält, die Datenerfassung oder Datenweitergabe regelt, können Daten von AsylwerberInnen und Flüchtlingen, die für die Bundesbetreuung erhoben werden, ausdrücklich an Asylbehörden anderer Staaten weitergegeben werden. Demgegenüber sieht das Schengen Informationssystem "nur" die Erfassung von "zur Einreiseverweigerung ausgeschriebenen" "Drittstaaten" (also Nicht-EG-BürgerInnen) vor. Allerdings können auch diese Daten nach dem im Dezember neugefaßten Fremdenpolizeigesetz aus österreichischen Datenbeständen übermittelt werden.

Asylanträge sollen in Zukunft generell von einem Bundesasylamt im Innenministerium abgewickelt werden, das Außenstellen in den Bezirken und bei den Grenzkontrollstellen errichten soll. Die Berufungsinstanz werden Senate einer Bundesasylkommission abwickeln, nicht wie bisher der Landeshauptmensch. Damit soll eine Beschleunigung des Verfahrens erreicht werden.

Wie bereits oben erwähnt, wurden außerdem Kategorien von "offensichtlich begründeten" und "offensichtlich unbegründeten" Fällen geschaffen, in denen keine weiteren Ermittlungen mehr stattfinden sollen.

Im letzten Juli wurde ein §2a ins geltende Asylgesetz eingefügt, nachdem ein — grundsätzlich formloser — Asylantrag überprüft wird, ob formal ein Asylantrag vorliegt. (In der Folge wurden immer wieder Menschen die Einreise verweigert mit dem Argument, es liege kein Asylantrag vor.) Der aktuelle Entwurf enthält keine derartige Passage, aber eine andere Einschränkung der visumfreien Einreise von AsylwerberInnen: *"§6. Einem Asylwerber ist die Einreise, auch wenn sie nicht schon aufgrund des Paßgesetzes gestattet werden kann, formlos zu gestatten, sofern er direkt aus dem Staat kommt, in dem er behauptet, Verfolgung befürchten zu müssen."*

Außerdem wurden formale Kriterien für Asylanträge formuliert. §25:

"(2) Der Asylantrag kann mündlich oder schriftlich gestellt werden.

(3) Der Asylantrag hat

1. den Asylwerber und die ihn allenfalls begleitenden Familienangehörigen (Ehegatte und minderjährige Kinder) im einzelnen unter Angabe von Namen, Ort und

Zeitpunkt der Geburt, Staatsangehörigkeit und bisherigen Wohnsitz zu bezeichnen;

2. den Reiseweg und allfällige Aufenthalte sowie die allfällige Beantragung oder Gewährung von Asyl in anderen Staaten zu nennen;

3. die Gründe zu bezeichnen, aus denen Asyl beantragt wird.

(4) Soweit erforderlich, ist von amts wegen darauf hinzuwirken, daß der Asylantrag die in Abs. 3 genannten Angaben enthält."

Asylverfahren können in Zukunft bereits eingestellt werden, wenn AsylwerberInnen *"einer Ladung zu einer Vernehmung oder zu einer mündlichen Verhandlung ohne vorgehende Entschuldigung nicht ... nachkommen"* (§30 Abs. 1 Z3)●

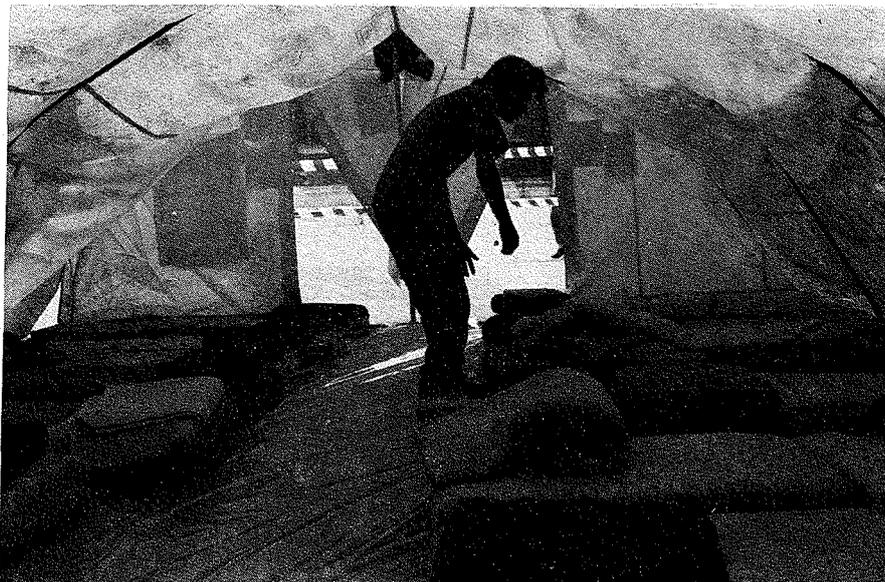
Bundesbetreuungsgesetz

Die Neufassung des Bundesbetreuungsgesetz ersetzt die Fassung, die Anfang Juli 1990 beschlossen wurde und von vornherein nur auf ein Jahr konzipiert war. Die Neufassung bringt nichts wesentlich neues, die alten Kritikpunkte bestehen weiter. Wichtigste Neuerung ist wohl die Privatisierung der Bundesbetreuung — nur in mehr Ausnahmefällen sollen Institutionen des Bundes herangezogen werden. Im Regelfall sollen AsylwerberInnen in privaten Unterkünften untergebracht werden, die von *"privaten, humanitären und kirchlichen Einrichtungen, Institutionen der freien Wohlfahrt oder der Gemeinden"* verwaltet werden sollen (4). Diese Institutionen, mit denen standardisierte Verträge abgeschlossen werden, sollen uU. auch Sprachkurse und Beratung anbieten.

Die politische Verantwortung des Innenministeriums, die bereits mit der "Verlängerung" der Bundesbetreuung abgeschoben wurde, ist Löschnak nun endgültig los. In Zukunft wird der "Schwarze Peter", die Schuld an der Flüchtlingsmisere halt zwischen Bund, Ländern und privaten Institutionen rotieren.

Flüchtlinge in Bundesbetreuung sollen in Zukunft nach §7 *"mit ihrem Einverständnis (ha ha! Anm.) für Hilfstätigkeiten, die in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrer Unterbringung stehen (zB. Reinigung, Küchenbetrieb, Transporte, Instandhaltung) herangezogen werden"* können. Für solche "Hilfstätigkeiten" in Betreuungsheimen des Bundes kann (!) zwar eine angemessene Entschädigung "gewährt werden", Dienstverhältnis wird dadurch jedoch keines begründet. Der Bund sichert sich gegenüber jeglichen Ansprüchen seiner Leibeigenen ab.

Neu ist auch die Einrichtung von Rückreiseberatungsstellen und die Gewährung von Rückkehrhilfe. (§§12) Kommentar notwendig?



Wie bisher besteht auf die Bundesbetreuung kein Rechtsanspruch: Kriterien, wer in die Bundesbetreuung kommt, werden vom Innenminister willkürlich festgelegt — siehe der derzeit gültige Dokumentenerlaß: Flüchtlinge ohne Identitätsnachweis, also ohne Paß oder ähnliches, kommen erst gar nicht in die Bundesbetreuung.

AsylwerberInnen haben bezüglich ihrer Bundesbetreuung nach wie vor keine Parteienstellung, ganze zwei Mitglieder im zwanzigköpfigen Asylbeirat — dessen Hauptfunktion die Festlegung der Länderquoten ist — sollen ihre Interessen wahren. Dafür dürfen ihre Daten hemmungslos übermittelt werden — auch an „ausländische Asylbehörden“ (§11).

Einzige Verbesserung gegenüber der bisherigen Lage: Der Zeitraum, in dem die Bundesbetreuung nach Abschluß des Asylverfahrens weitergewährt werden kann, wurde von vier Wochen auf drei Monate ausgedehnt (§3).•

Dagegen...

- Bis 22. Juni wird's das Flüchtlingslager am Stefansplatz noch geben. Außerdem werden permanent Leute vom Flughafensozialdienst und von zeitweise verschiedenen anderen Gruppen (Caritas, Evangelische Kirche in Traiskirchen, Unterstützungskomitee für politisch verfolgte AusländerInnen) anwesend sein, um Flüchtlinge zu beraten.

- Bundespräsident Waldheim reiste letzte Woche in den Iran; am Dienstag fand eine Demo von rund 100 Personen gegen diese Reise statt: Waldheim — und in seinem Gefolge 15 Manager österreichischer Betriebe — reisten in einen Staat, der zwar vor kurzem die Genfer Konvention anerkannt hat, in dem jedoch nach wie vor gefoltert und hingerichtet wird. Österreichische Industrielle haben im ersten Golfkrieg mit Waffenverkäufen an kriegführende Staaten



Flüchtlingsbeauftragter Pahr: Flüchtlings-Opa? Eher Wolf im Schafspelz. Das neue Asylgesetz stammt wahrscheinlich aus seiner Feder

wie den Iran satte Gewinne gemacht und profitieren jetzt vom Wiederaufbau. Währenddessen werden in Österreich hunderte von Menschen aus dem Iran aus der Bundesbetreuung entlassen mit dem Argument, Iran hätte die Genfer Konvention akzeptiert, daher bestünde im Iran keine Verfolgungsgefahr mehr, daher würden Asylanträge voraussichtlich abgelehnt. Ähnlich wurde mit Asylsuchenden aus einer Reihe von anderen Staaten umgegangen — im Weltbild des Innenministeriums herrscht offenbar plötzlich eitel Sonnenschein und Menschenrecht in der Welt. Faktisch hat aber wohl nur das Asylrecht als Werkzeug des kalten Krieges ausgedient.

- Die SP veranstaltete — ebenfalls letzten Dienstag — im Vindobona eine Podiumsdiskussion, bei der Daniel Cohn-Bendit seine Visionen von einem multikulturellen Europa (und das meint er so; er redet von europäischer Staatsbürgerschaft und so weiter) verkünden durfte, FP-Stadtrat Hilmar Kabas ausgelacht wurde und Willibald Pahr wieder mal den Flüchtlingsopa spielte. Es war aber gar nicht so witzig anzusehen, wie die Leute Cohn-Bendit aus der Hand fraßen. Die eigenen Leute im Innenministerium — Löschnak, Matzka & Co. — zu verurteilen, dazu hats nicht gereicht.

Dokumentation:

Bericht eines iranischen Flüchtlings

auf der Pressekonferenz anlässlich der Eröffnung eines Flüchtlingslagers auf dem Stefansplatz

Am 3. April 1991 kam ich auf dem Flughafen Wien-Schwechat in einer Gruppe mit zwei anderen Männern, einer Frau und deren beiden Kindern an. Wir übernachteten in dem Transitraum und am darauffolgenden Tag ging ich dort zur Polizei und bat um Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des UNO-Flüchtlingshochkommissariats. Die Polizisten begannen mich sofort zu verhören, sie durchsuchten mich und mein Gepäck. Es hieß, ich müsse auf einen Dolmetscher warten. Wir schliefen wiederum drei Nächte im Transitraum, dh. ohne Betten. Zu dieser Zeit hatten wir überhaupt kein Geld mehr. Ein Mitarbeiter des Flughafensozialdienstes versorgte uns wie auch zehn Tamilen und sechs Pakistani, die sich zu dieser Zeit im Transitraum aufhielten, mit Essen.

Am 7. April kam der Dolmetscher. Ich beantragte politisches Asyl und beklagte mich auch

über unsere Situation. Ich erklärte, daß es nachts sehr kalt sei und es keine Schlafmöglichkeit im Transitraum gebe, was vor allem für die beiden Kinder problematisch war. Wir baten auch um Versorgung mit Essen. Bis zum 11. April erhielten wir keine Antwort, hatten wir keine Schlafmöglichkeit. Da den Mitarbeitern des Flughafensozialdienstes am 8. 4. die Passierscheine entzogen worden waren, gab es auch Probleme mit dem Essen. Wir erhielten lediglich drei oder vier Mal vom Roten Kreuz Essen. Die Kinder wurden krank, litten unter Schlafmangel und hatten, so wie wir, permanent Hunger.

Am 11. 4. wurden wir in den Sondertransitraum gebracht. Das sind sechs Container beim Kontrollturm. Dort gibt es Betten, Duschen und Verpflegung. Allerdings waren wir dort eingesperrt, hatten keinen Kontakt zur Außenwelt. Auch telefonieren darf man nur, wenn man Geld

hat.

Am 19. April erhielten wir von der Polizei Ausweisungsbescheide mit zum Teil unwahren Behauptungen. Dann standen wir in Schwechat, ohne einen Groschen, auf der Straße. Die Polizisten sagten uns, wir sollten dort warten, aber wir wußten nicht warum und auf wen. Nach einer Weile kam eine Mitarbeiterin des Flughafensozialdienstes und holte uns ab. Am selben Tag wurden wir noch von ihr nach Traiskirchen gebracht. An diesem Freitag kamen wir also um ca. 21 Uhr im Flüchtlingslager an, wir wurden erkenntnistlich behandelt und man sagte uns, wir müssen bis Montag früh im Warteraum warten. Das sind drei ganz schmutzige, verrauchte Räume. Zu dieser Zeit hielten sich dort ca. 45 Asylwerber auf und es gab höchstens 20 Matratzen. Auch mit Essen wird man dort nicht versorgt. Am Montag war der iranische Dolmet-

scher nicht da, am Dienstag gaben wir unsere Bescheide ab, aber es war schon zu spät. Am Mittwoch wurde uns mitgeteilt, daß wir in Traiskirchen nicht aufgenommen würden, da wir keine Lichtbildausweise hatten. Dann wurden wir weggeschickt, niemand sagte uns dort, was wir tun mußten oder wohin wir gehen könnten. Wir fuhren nach Wien zurück. Mit Hilfe des Flughafensozialdienstes konnten wir eine vorübergehende Unterkunft finden. Ich schrieb meinen Verwandten und bat sie, mir Dokumente zu schicken. Mein Personalausweis wurde mir daraufhin nach Österreich nachgeschickt und es war mit somit nach mehr als drei Wochen Aufenthalt schließlich möglich, in die Bundesbetreuung zu gehen.

Dokumentation: Flugblatt zur Stefansplatz-Aktion

Gegen die Obdachlosigkeit von AsylwerberInnen

Sie kommen nach Österreich und suchen Schutz vor politischer Verfolgung in ihrem Heimatland, wie es ihnen nach dem Völkerrecht und der Genfer Konvention zusteht. Während ihr Anliegen geprüft wird oder sie beginnen, sich um eine neue Existenz zu bemühen, hat Österreich als Aufnahmeland für ihr Wohl und ihre Sicherheit zu sorgen.

Doch das Bundesministerium für Inneres legt seit einiger Zeit neue Maßstäbe an, wenn es um die Unterbringung von Flüchtlingen geht:

- "Unzureichend dokumentierte" — ds. AsylwerberInnen, denen die Flucht aus einem Verfolgerland nicht mit einem gültigen Reisedokument gelungen ist (wer sucht auch vor seiner Flucht eigens um einen Paß an?) oder denen Fluchthelfer und Schlepper diese Dokumente abgenommen haben, werden erst gar nicht in die Bundesbetreuung aufgenommen. Bis zur Nachschaffung der Dokumente — und das kann Monate dauern! — stehen sie auf der Straße.

- Flüchtlinge aus manchen Nationen werden überhaupt nicht mehr betreut, da ihr Asylantrag offensichtlich prima facie wenig Aussicht auf Erfolg haben soll. Der zugleich mit der standardmäßigen Ablehnung des Asylansuchens in erster Instanz ohnehin automatische erfolgende Ausweisungsbescheid ebnet den Weg zur kollektiven Abschiebung.

- Flüchtlinge, die inzwischen Arbeit gefunden haben, — auch wenn sie sich noch nicht die hohen Mieten und Ablösen für eine eigene Wohnung leisten können — müssen die Bundesbetreuung verlassen. Dies gilt auch für solche, die bereits Deutschkurse und andere staatliche Integrationshilfen in Anspruch nehmen. Der Druck in die Illegalität ist vorgezeichnet.

- Dazu kommt eine Weisung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, wonach AsylwerberInnen in Hinkunft keine Möglichkeit mehr zur Arbeit erhalten. Dies trifft va. jene, die erst kurz in Arbeit stehen.

Caritas, Amnesty International, die Flughafensozialdienst, aber auch viele Pfarren haben versucht, diese Menschen vor drohender Obdachlosigkeit zu bewahren. Wie das Innenministerium ausführt, stellt ein mittelloser Flüchtling nämlich eine Gefahr für Österreich dar, da er sich seinen Lebensunterhalt offensichtlich nur unrechtmäßig beschaffen kann, er ist daher vorbeugend in Schubhaft zu nehmen! Viele Flüchtlingsfamilien, deren Mütter und Kinder wenigstens behelfsmäßig in einem Heim oder einem Kloster untergebracht werden konnten, haben diese Erfahrung gemacht, daß der Mann plötzlich in Haft war.

Will das Innenministerium wie vor der letzten Wahl wieder Stimmung gegen die ärmsten unter

Soweit zu meinem "Empfang" in Österreich. In diesen ersten vier Wochen habe ich viele andere Flüchtlinge getroffen. Auf dem Flughafen hörte ich von Familien, die abgeschoben wurden. Vier Singhalesen, die ich dort traf, wurden für drei Wochen in Schubhaft genommen. In Traiskirchen schlafen viele Flüchtlinge im Freien und hungern. Im Flüchtlingslager erzählten mir Flüchtlinge, sie seien dort geschlagen und beschimpft worden. Andere wiederum sagten, ihr Asylantrag sei am Flughafen nicht angenommen, sondern vor ihren Augen zerrissen worden.

Österreich hat die Genfer Konvention unterzeichnet und sich den Menschenrechten verpflichtet. Was ich erlebt habe, ist

entwürdigend und unmenschlich. Wir haben unsere Heimat nicht freiwillig verlassen. Wir flüchteten, weil uns Gefängnis oder Exekution drohen.

Ich habe gehört, daß es in Österreich Tierchutz-Organisationen gibt, und ich denke, es ist auch an der Zeit, sich um die Flüchtlinge in diesem Land zu kümmern. Jeder Österreicher kann sich von dem, was ich gesagt habe, überzeugen, und einen Urlaubstag darauf verwenden, sich die Situation auf dem Flughafen oder in Traiskirchen anzusehen.

Ich bitte den UNO-Flüchtlingshochkommissar, die Lage der Flüchtlinge in Österreich zu untersuchen.

den ausländischen Menschen in Österreich machen? (Unter der ausländischen Wohnbevölkerung von derzeit rund 500.000 machen die Flüchtlinge mit weniger als 20.000 nur den geringsten Teil aus, von denen viele gar nicht in Österreich bleiben wollen!) Sucht man einen Sündenbock für alle vergangenen Versäumnisse auf dem Gebiet der Wohnungspolitik? Oder spielt Österreich wieder einmal den Musterschüler bei der Erfüllung des Schengener Polizei-Abkommens, welches es gar nicht unterschrieben hat, nur damit sich die Herrschaften in Brüssel und Bonn nicht die Hände schmutzig zu machen brauchen?

Wir, das sind alle jene Gruppen, welche die Anliegen der Menschenrechte ernst nehmen, wir fühlen uns mit unseren ausländischen FreundInnen, die bei uns Hilfe suchen, allein gelassen.

Deshalb gehen wir mit ihnen auf die Straße, auf jene Straße, auf welche sie sich durch die Politik der Regierenden in Österreich geworfen sehen. Wir wollen mit ihnen dort bleiben, bis ihnen geholfen wird, bis ihnen das Recht zuteil wird, das ihnen aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention zusteht.

(Kasten:)

Zeltlager: Wien 1, Stefansplatz Zeit: 15. Juni, 10 Uhr, durchgehend bis zum 22. Juni abends

Wir fordern:

- Bundesbetreuung für alle AsylwerberInnen, egal ob und wie sie sich ausweisen können und unabhängig von ihrer Nationalität!

- Betreuung von Flüchtlingen bis zu ihrer finanziellen und sozialen Unabhängigkeit!

- Keine Schubhaft für AsylwerberInnen!

- Demokratische Kontrolle der Asylverfahren durch unabhängige Gruppen wie zB. den Flughafen-Sozialdienst! Schluß mit allen Angriffen seitens des Innenministeriums gegen kritische Gruppen!

- Recht auf Arbeit für

alle AsylwerberInnen!

- Diskussion des Entwurfs zum neuen Asylgesetz unter Einbeziehung der Flüchtlingsorganisationen! Keine Umgehung des Völkerrechts durch Drittlandklausel und Save-Countries-Konzept: Wer in Österreich um Asyl ansucht, hat auch hier Anspruch auf Schutz!

- Keine Ausweisungsbescheide für AsylwerberInnen!

Danach folgen die Namen von 48 Institutionen und Gruppen, darunter zum Beispiel katholische und sozialdemokratische Organisationen oder auch der Grüne Club, dem es noch letzten Sommer kein Problem war, wenn einige MandatarInnen "irrtümlich" rassistischen Gesetzen zustimmten. Amnesty International und Caritas fehlen allerdings. •

FLÜCHTLINGS FEST WUK



DO. 20. JUNI 18⁰⁰
1090 WIEN, WÄHRINGERSTR. 59

S.T.S. WIENER TSCHUSCHEN KAPELLE

HAVKON Kurdische Folklore

4 J Slowenische Liedermacher

DACIA Rumänische Folklore

QUALI BEBE Afrikan. Tanz

IRANISCHE FOLKLORE Moderation: WILLI RESETARITS

UNTERSTÜTZUNGSKOMITEE F. POLIT. VERFOLGTE AUSLÄNDER

Linz:

Brutaler Polizeiangriff auf die KAPU

Am Mittwoch dem 5.6.91, dem ersten Tag des dreitägigen Abschlußfestes in der Kapu, kamen gegen Mitternacht zwei Bullen in die Kapu, weil sich AnrainerInnen angeblich über die Lautstärke beschwert hätten. Doch anstatt wie üblich mit einigen der Verantwortlichen beim Eingang oder der Bar zu verhandeln, wollten sie unbedingt bis zur Bühne vordringen um die Beschwerde der Band selbst vorzubringen. Im allgemeinen Gedränge und Getanze (der Konzertraum war gesteckt voll) verloren die Amtsorgane leider ihre Kopfbedeckungen und wurden angeblich sogar mit Bier beschüttet. Die beiden Amtshandelnden forderten sofort Verstärkung an, die anscheinend schon darauf gewartet hatte, denn nur einige Minuten später befanden sich auf dem Platz vor der Kapu ca. 17 Bullenautos mit den etwa 30-40 dazugehörigen Bullen. Originalzitat eines Oberkibaras: "Wenn i des Kaperl net krieg', erschieß'i den nächsten". Eines der beiden Kapperl wurde auch zurückzugeben (es war halt nicht mehr ganz weiß, das andere blieb verschwunden. Inzwischen hatten sich auch schon einige Leute vom Konzert nach draußen bewegt und einer davon wurde von 4 Bullen zu Boden

gerissen, sofort zum Einsatzbus gezerrt und dort brutalst festgehalten, da er angeblich "Wachebeamten laut schreiend gröblichst beschimpft" hatte (Kripo-Chef Marwan). Da weder dem Festgenommenen noch den anderen Anwesenden ein Grund für die Verhaftung genannt wurde, kam es zu Protesten und in der Folge zu einem völligen Durcheinander. Ein Polizeihund (mit Beißkorb) wurde auf die Leute gehetzt und die Bullen teilten Tritte und Schläge aus. Eine Frau bekam einen Tritt in den Unterleib, die meisten Beteiligten trugen mindestens blaue Flecken davon. Während dem Gerangel wurden noch zwei Leute brutal verhaftet. Ein Bulle gab drei verschiedene Dienstnummern her, die meisten gar keine, einige sagten mit fiesem grinsen Nummer 111 und so weiter... Die Bullen zogen dann mit ihrer Beute ab.

Darauf marschierten ca. 25 Leute zur Nitschstraße (Polizeidirektion) los und forderten zumindest Auskunft über die Haftgründe, die ihnen natürlich nicht gesagt wurden. Uli K. und Gerald J.(?) wurden mit einer Anzeige wegen Störung der Ordnung und Widerstand gegen die Staatsgewalt am nächsten Tag entlassen. Der Vater von Uli

K. wollte sich am Donnerstag vormittag nach seinem Sohn erkundigen und sah ihn im Vernehmungszimmer sitzen. Aufgebracht wollte er in das Zimmer stürmen, während ein Kripo-Beamter die Tür von innen schließen wollte. Dabei ging das Milchglasfenster in der Tür kaputt. Daraufhin stürzten sich acht Bullen auf ihn. Vier Bullen fuhren dann einige Male mit ihm im Lift auf und ab und verprügelten Uli's Vater im Lift. Nach der Liftprügelaktion verbrachte er mehrere Stunden im Häfn. Folgendes wird ihm jetzt zur Last gelegt: Widerstand gegen die Staatsgewalt, schwere Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beamtenbeleidigung, Hausfriedensbruch und Stören der Ordnung.

Ernst D. wurde auf das Landesgericht überstellt und erst am Freitag entlassen. Auf ihn wartet nun zusätzlich eine Anklage wegen schwerer Körperverletzung.

Nähere Informationen über den weiteren Verlauf der Anklagen im Infoladen LINZ
Pfarrg. 1/1 St., 4020 Linz
Spenden für Rechtshilfe: Sparkasse
Linz/ BLZ 20320 Nr. 0910-033472 ●

KURIER Do 13. Juni 91

Rätselhafter Anschlag in Wien-Stammersdorf: Funkstreife ausgebrannt

Feuerattentat auf Polizeiauto

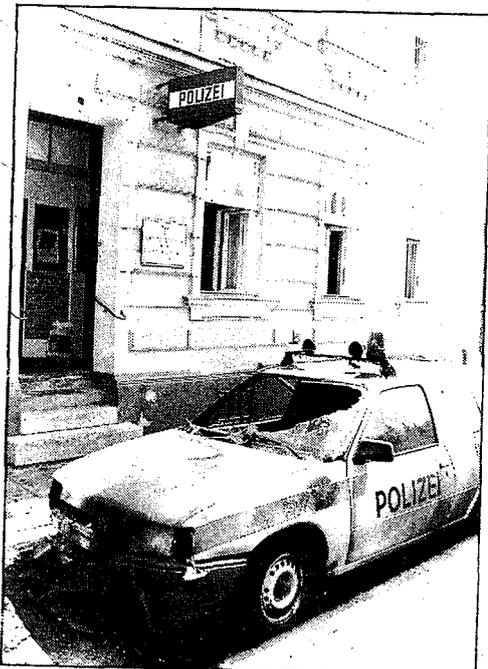


Bild: Fritz Fiedler
Streifenwagen als ausgebrannte Ruine vor Wachzimmer

Mysteriöser Brandanschlag auf einen Funkstreifenwagen der Polizei in Wien-Floridsdorf! Unbekannte Täter brachten in der Nacht auf Mittwoch an einem vor dem Diensthundstützpunkt Wien-Nord in der Stammersdorfer Straße 133 geparkten Einsatzauto einen Brandsatz an, der Wagen ging in Flammen auf – Totalschaden.

Die Diensthundeführer der Streife „Tasso 2“ hatten ihren speziell adaptierten Opel-Kadett im Halteverbot vor dem Wachzimmer geparkt und auch ihre vierbeinigen Kollegen mit in die Amtsstube genommen. Wenig später, gegen zwei Uhr früh, gab es vor dem Polizeigebäude „einen Knaller“, als die Beamten vor die Tür kamen und zum Feuerlöscher griffen, war es zu spät: Der Brandsatz, von dem ein Kerzenhalter und eine Schachtel überblieben, hatte „funktioniert“. Erst die Feuerwehr konnte die Flammen ersticken. „Gott sei Dank ist der Wagen nicht explodiert“, meinte ein Kriminalist zum KURIER.

Bisher gibt es keine Bekenner zu dem Anschlag. Staatspolizei und Sicherheitsbüro werden versuchen, die Täter auszuforschen. Ein Zusammenhang mit der Polizei-Demo am Dienstag scheint nicht ausgeschlossen. P. GROLIG ■



**WIR HABEN KEINE ANGST
ZU KÄMPFEN – DENN DIE
FREIHEIT IST UNSER ZIEL!**

Die AKTION DENKEN und HANDELN übernimmt die Verantwortung für das lichterloh brennende Bullen-Auto des Polizeipostens Stammersdorf.

Das die Polizei, welche Verbrechen sie auch immer begeht, nicht nur in diesem Land weitgehend ungeschoren davonkommt, ist nichts Neues. Trotz Korruption, Folter, Vergewaltigung, Rauschgifthandel und Menschenbespitzelung a la GESTAPO, kann der Polizeiapparat als unverzichtbares Instrument der weltweiten Nomenklatura schalten und walten wie immer es ihm beliebt.

Gesetzesbrüche durch Gesetzeshüter sind nur Randerscheinungen eines durch und durch korrupten und scheinheiligen Systems, in dem Geld, Macht und Lüge herrschen.

Ganz im Sinne von "Machen sie doch was sie wollen", machen wir diesmal etwas, das wir schon immer wollten, nämlich ein Bullenauto der reinigenden Kraft des Feuers zu übergeben.

Volkszählung '91: Totales Chaos

Die gewünschte Ruhe nach dem Sturm läßt auch rund 4 Wochen nach dem Stichtag zur Volkszählung noch auf sich warten. (TATblatt-Wien)

Der Zeitplan war ganz klar abgesteckt und wohl auch gut durchdacht: Bis zum 28. Mai hätten die ausgefüllten Zählbögen auf den Gemeinden sein sollen. Allein, es kam anders.

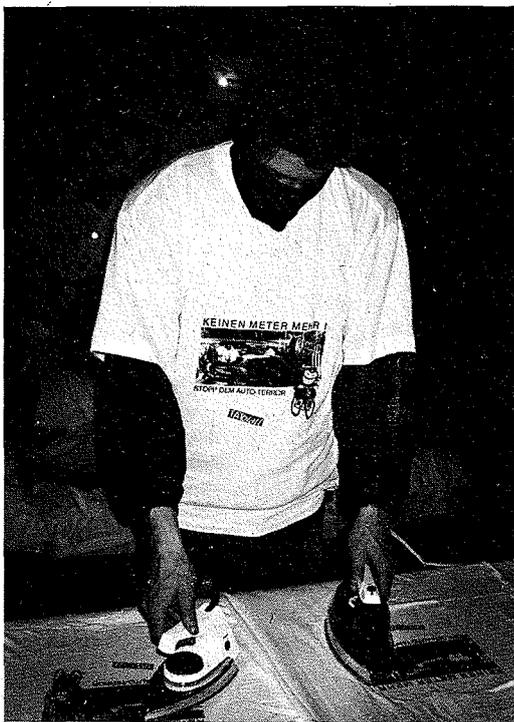
Weit über das vorgesehene Ausmaß hinaus liefen sich die Zählorgane die Füße wund, um zu den begehrten Auskünften zu kommen. Doch nur allzu oft vergebens: Zum Teil waren die zu zählenden nie anzutreffen, zum Teil mußten mehrmals neue Bögen ausgegeben werden, weil die anderen verschmutzt, zerissen oder verloren waren, und zum Teil waren sie bereits "abgeholt", wenn das Zählorgan absammeln wollte. Dazu kam, noch der Ärger auf der Gemeinde, die "Erfolge" sehen wollte. Und aus den — zumindest in Wien — in Aussicht gestellten 6.000 Schilling (40.— pro abgegebenen Personenblatt) wurde mit der Zeit umso weniger, je größer der tatsächliche Aufwand war.

Doch auch manche Zählorgane spielten nicht so mit, wie es vorgesehen war: einige waren nachlässig, andere gingen während

der Volkszählung auf Urlaub und wieder andere verschwanden überhaupt gleich ganz von der Bildfläche.

Hinzu kamen noch diverse Sabotageakte: von irreführenden Hausaushängen (siehe TATblätter minus 47 und 48) bis hin zu einem Autoeinbruch in Wien-Donaustadt, bei dem ca 60 ausgefüllte Zählbögen entwendet worden sein sollen (— steht nur zu hoffen, daß die entwendeten Daten nicht einem Mißbrauch, sondern der angemessenen Entsorgung zum Opfer gefallen sind).

Einige Gemeinden haben jedenfalls schon angekündigt, den vorgesehenen Abgabetermin beim Statistischen Zentralamt zwischen Ende Juni (für kleinere Gemeinden) und Mitte Juli (Städte, zuletzt Wien) nicht einhalten zu können. •



Neue TATblatt-T-Shirts! KEINEN METER MEHR!

In den Größen M, L, XL und XXL

um nur 100,-

Einfach mit beiliegendem Erlagschein einzahlen, dann bekommt ihr das T-Shirt zugeschickt.

Information und Beratung

Überflüssige Volkszählungsbögen übernimmt gerne das VolkVERzählungs-Büro zur angemessenen Entsorgung (bitte *nicht* die aus dem besagten Auto!)

VolksVERzählungs-Büro und VolksVERzählungs-Telefon:

Beratung und Information im Falle von amüsanten und traurigen Ereignissen im Zusammenhang mit der Volkszählung

Donnerstag, 17.00-19.00 Uhr

Freitag, 19.00-21.00 Uhr

Wien 9, Marktgasse 21-23
Tel.: 0222/34 50 524

Bojkott-Gruppe Wien:

Zusammenrotten statt vereinzeln lassen!

Jeden Montag, 19.00 Uhr, VoksVERzählungs-Büro.

Rechtshilfefonds

für die Inanspruchnahme rechtlicher Beratung bei Folgen von Falsch- oder Nichtausfüllung.

Mit mindestens öS 200,- bist auch Du dabei!

BAWAG 02010 606 309, Kennwort "Unterstützungsfonds"

Flüchtlinge – die "Bauern" im Schach der Volkszählung

(aus: Standard, 8./9.6.1991)

Was ein Volkszählungsgegner bei einer Veranstaltung mit den Worten: "Es würde mich nicht wundern, wenn die Stadt Wien für die Zeit der Volkszählung das Flüchtlingslager Traiskirchen eingemeinden würde" noch schwarzmalte, ist jetzt in ähnlicher Form in Mürzzuschlag (Stmk) wahr geworden.

In der Zeit um den 15. Mai wurden ca 100 Flüchtlinge gezählt, die wenig später wieder abgeholt wurden. So bekam zB die Behindertenorganisation "Jugend am Werk", die bisher noch nie Flüchtlinge betreut hatte, die Anweisung, 30 Personen in ihrem Heim unterzubringen. Am 28. Mai wurden diese dann wieder abtransportiert.

Die Vermutung, daß es sich dabei um kalte Berechnung handelte, liegt nahe, lag doch Mürzzuschlag bei der letzten Zählung nur knapp über der magischen Grenze von 10.000 EinwohnerInnen. Ein Absinken unter diesen Wert würde für die Gemeinde einen empfindlichen Verlust von Geldern aus dem Finanzausgleich, eine Verkleinerung des Gemeinderates um 5 Personen und nicht zuletzt die Herabsetzung des Gehaltes des Bürgermeisters auf beinahe die Hälfte bedeuten.

Bisher jedenfalls streiten die Stadtpolitiker jeden Zusammenhang zwischen Flüchtlings"betreuung" und Volkszählung ab, das Statistische Zentralamt hat versprochen, zu ermitteln. •

und

WAS FEHLT

diesmal?

1. Eine Antwort auf den LeserInnenbrief im Tb-48 von a.
2. Gespräch mit Boiler-RadioaktivistInnen
3. Ein Bericht über Naziaktivitäten in Dresden
u.v.a.

Ursachen waren:

1. Grippe
2. Platzgründe
3. Stress
u.a.

Wir werden uns bessern!

Vom EG-Transit überrollt

Mehr als 100.000 Personen haben die Transit-Petition unterschrieben, die am 4. Juni dem Nationalrat zur Behandlung übergeben wurde. Doch der Transit-Vertrag mit der EG ist so gut wie fertig. Am 17. Juni ist Unterzeichnungstermin. So, wie es bis zuletzt aussah, werden die Stimmen aus dem Volk dabei — wieder einmal — nicht berücksichtigt.

(TATblatt-Wien)

Der Termin nähert sich mit Sauseschritten. Noch vor dem Sommer soll der EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) beschlossene Sache sein — mit Beteiligung Österreichs. Dazu müssen aber die Transitbedingungen klar sein. Deshalb haben's Österreichs Politiker auch mit der Unterzeichnung des Transit-Vertrages eilig.

Die diversen, zur Transit-Initiative zusammengeschlossenen Verkehrsinitiativen sind mit dem Vertrag nicht einverstanden. In der Transit-Petition, die mehr als 100.000 Personen und 124 Organisationen unterzeichnet haben, sind die Forderungen ganz klar formuliert:

Begrenzung des Transitverkehrs auf *allen* Transitrouten, Vorrang für die Bahn — bei gleichzeitigem Ausbaustop für Transitstraßen und mehr Rechte für die BürgerInnen.

Ein Transit-Vertrag mit der EG wäre nur dann zu akzeptieren, wenn er eine eindeutige Reduktion des Transitverkehrs bringe. Zielführende Mittel: Tonnagebeschränkung auf max. 28t, generelles LKW-Nachfahrverbot, Prinzip der Kostenwahrheit (d.h.: der motorisierte Individualverkehr muß die gesamten Kosten, die er verursacht, auch selbst decken; das beinhaltet Straßenbau und -erhaltung, Unfallfolgeko-

sten, Kosten aus Lärmbelastung, Landschaftszerstörung und Luftverschmutzung).

Die österreichische Bundesregierung glaubt, mit dem "Ökopunkte-System" einen Kompromiß zwischen EG-Lobby und dem Willen der BürgerInnen gefunden zu haben: Jedes EG-Land bekommt eine gewisse Anzahl an "Ökopunkten", die bei je-



dem LKW-Transit — entsprechend dem Schadstoffausstoß — abgebucht werden. Haken an der Sache: Dieses System bezieht sich ausschließlich auf den LKW-Verkehr und Stickoxyde (NOx) als Schadstoff. Außerdem wünscht sich die EG eine Ausnahmeregelung für Fahrten nach Griechenland — was eigentlich fast alle Transitrouten durch Österreich betrifft.

Und in der Schweiz?

Die Transit-Diskussion in der Schweiz konzentriert sich zur Zeit auf zwei Hauptthemen: die Transitverhandlungen mit der EG und die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT).

Hier versucht die EG, eine Zulassung von 40-Tonnern (die Schweiz hat ein 28t-Limit) für gewisse Güterkategorien zu erzwingen. Schützenhilfe bekommt sie dabei aus Österreich, das den Umwegtransit, der jetzt wegen der liberaleren Bestimmungen auf den Brenner ausweicht, wieder in die Schweiz zurückverlagern will.

Die schweizerischen Umweltorganisationen stehen auf dem Standpunkt, daß angesichts des steigenden Transit-Schwerverkehrs (1990 +7%) ein Transit-

Vertrag mit der EG nicht akzeptabel ist und auch eine neue Eisenbahninfrastruktur-Anlage nur dann einen Sinn macht, wenn die Schweiz Verkehrsmenge und -mittel selbst bestimmen kann und die Restriktionen für den Transitschwerverkehr aufrechterhalten bleiben. Sie fordern, daß die Schweiz und Österreich eine gemeinsame Position gegenüber der EG einnehmen um der umwelt- und menschenfeindlichen Konzeption der EG entgegen zu treten. ●

“Wir wollen wieder durchatmen!”

In Wien leben zwischen Ring und Gürtel so viele Menschen, wie in ganz Graz: 300.000. Viele von ihnen in Abgasen, Lärm, Asphaltwüste und grauen Hinterhöfen.

Nun haben sich verschiedene Initiativen aus diesem Lebensbereich zur "Aktion Bürgerforum für intelligente Verkehrsplanung" zusammengeschlossen, um die Gestaltung "ihrer" Bezirke selbst in die Hand zu nehmen.

(Bürgerforum für intelligente Verkehrsplanung, TATblatt-Wien)

“Wir wollen es gerne noch selbst erleben: Daß wir in der Stadt nicht nur autofahren, sondern auch leben können. Nicht husten, sondern atmen. Schlafen statt LKW zählen. Daß aus der Asphaltwüste ein Lebensraum wird. Straßenschluchten zu Allen. Graue Wände zu hellen Häuserzeilen.”

Mit diesem hohen Anspruch haben sich die Initiativen zusammengefunden, um gemeinsam zu kämpfen und sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen. In erster Li-

nie geht es darum, das Auto zurückzudrängen, um wieder Lebensraum für Menschen zu finden. Ist erst einmal eine autofreie Fläche geschaffen, so soll diese auch von den Anwohnenden nach ihren Bedürfnissen gestaltet werden können.

Die einzelnen Initiativen, die von verschiedenen, zum Teil radikalen (wie Sperrung von Straßen für den motorisierten Individualverkehr, Fahrbahnrückbauten, Tempo 30, Busspur), zum Teil auch fragwürdigen Forderungen (zB Kopfsteinpflaster — die Radlerin dankt, Topfbäume, Erklärung zum Stadterneuerungsgebiet — in Wien heißt das konkret, daß sich die MieterInnen ihre Wohnungen nicht mehr leisten können) für ihr Detailproblem ausgehen, haben zu einem gemeinsamen Programm zusammengefunden, das auf einem strikten Parkraum-Management im Zusammenhang mit der Förderung des öffentlichen und Radfahr-Verkehrs basiert. Gefordert wird:

- die Realisierung eines Gesamtver-

kehrskonzepts für Wien

- Parkraum-Management: sämtliche Parkplätze Kurzparkzonen, die durch AnrainerInnen mit Parkpickerl+Netzkarte benutzt werden können
- Sperre aller Nebenstraßen für den Durchzugsverkehr
- absolutes Nachfahrverbot für LKW
- Vorrang für Bus und Tram, sonst rechts vor links
- Park & Ride-System für Pendlerinnen und Pendler

“Wir wollen nicht mehr auf bessere Zeiten warten, sondern bessere Zeiten machen”, versprechen die BürgerInnen. Bisher glauben sie noch an die Unterstützung (und Durchsetzung) ihrer Forderungen durch Politiker und Beamte. Doch, falls sie damit keinen Erfolg haben sollten, können wir auf entsprechende Eigeninitiativen hoffen (und uns zur Unterstützung bereit halten). ●

Prozeß gegen A4-Besetzer

Vor ziemlich genau einem Jahr, am 15. Juni 1990, wurde die Baustelle der A4/Ostautobahn besetzt. Vier Tage später kam es zur Räumung, in deren Folge M. festgenommen und vier Tage lang inhaftiert wurde. Am 7. Juni 1991 fand der Prozeß statt.

(TATblatt-Wien)

Nach tagelangen Verhandlungen mit Politikern über Gefahr und Sinnhaftigkeit einer Autobahn und Alternativen dazu, wurde wieder einmal zum schlagkräftigsten Instrument gegriffen, zur Staatsgewalt in Form der Exekutive.

Bei der von Peter Pilz so gelobten, angeblich "sanften" Räumung verschwanden Filme und eine Videokassette aus den Geräten oder Händen der BesetzerInnen und M. wurde als einziger von ca 90 Festgenommenen verhaftet und "in Gewahrsam" genommen. 4 Tage lang.

M. wurde beschuldigt, einem Gendarmen einen Schlag in den Nacken versetzt und sich mit Händen und Füßen gegen einen Abtransport gewehrt zu haben. Das Ganze soll sich auf einer Plattform eines ca 6m hohen Gerüsts abgespielt haben, auf das sich mehrere BesetzerInnen zurückgezogen hatten, um nicht so schnell geräumt werden zu können.

Die Gendarmerie versuchte, den Fahrkorb eines Feuerwehrwagens auf diese Plattform zu hieven, um dann die Leute abtransportieren zu können. Dieser Versuch sei angeblich gestört worden, indem die BesetzerInnen die Ausstiegsklappe des Fahrkorbes mit einer Leiter blockiert hätten. Daher wurde dieses Gerät von einem Beamten der Sondereinsatzgruppe (SEG) NÖ. "an sich genommen" und er versuchte, sie von der Plattform hinunter zu werfen. Bei diesem Versuch habe er plötzlich einen Schlag in den Nacken verspürt und sei in der Folge damit beschäftigt gewesen, "sein Übergewicht nicht zu verlieren". Daraufhin wurde M. vom in einer Distanz von ca 10m am Boden befindlichen Einsatzleiter als angeblicher Täter genannt. Das sei ganz leicht gewesen, denn man habe ihn an seinem Franzosenkapperl erkennen können.

Er wurde von auf der Plattform befindlichen Beamten "fixiert" und zum Fahrkorb gebracht. Dabei habe er wild um

sich geschlagen. Sagt der eine Gendarm. Andere wiederum haben davon nichts bemerkt. Dieser Anklagepunkt (Widerstand gegen die Staatsgewalt) scheint somit gefallen zu sein.

Von der Verteidigung wurden noch ZeugInnen beantragt, außerdem wird der Videofilm gesucht, auf dem die ganze Szene aufgezeichnet sein müßte und der von der Gendarmerie (nach AugenzeugInnenberichten) in Gewahrsam genommen worden war und seither verschwunden ist. Der Einsatzleiter, Hauptmann Schuch, einer der wichtigsten Zeugen der Anklage, ließ sich für den Prozeß entschuldigen (Richter: "Do hob i scho a freid g'hobt"). Er muß noch einmal geladen werden.

Fazit: Der Prozeß wurde vertagt. ●

A4-GegnerInnen
Währingerstr. 59
1090 Wien
Tel.: 0222/402 69 55; 402 50 82

PRESSEINLADUNG UND HINTERGRUNDINFORMATION

Betrifft: Strafprozeß gegen den A4/Ostautobahn-Besetzer Michael S.

Während Politiker und andere EG-Integratoren in Brüssel eine Art Scheingefecht (Ökopunktesystem, Dauerhaftigkeit und Wirkung des Transitvertrages, etc...) "zum Schutz der österr. Bevölkerung vor einer hereinbrechenden Transitlewne" austragen, wird andererseits am eigentlichen Problem weitergearbeitet, an den zahlreichen (Transit) Autobahnbaustellen in ganz Österreich.

Im Interesse der heimischen Straßenbaulobby und auf Druck internationaler Wirtschaftsverbände (European Roundtable of Industrialists, International Road Federation, etc...), soll das Verkehrsnetz zu einem Autobahnnetz werden. Der A4/Ostautobahn würde dabei nicht zuletzt durch die politische und wirtschaftliche Öffnung des Ostens eine immer zentraler werdende Bedeutung im West/Ost, aber auch Nord/Süd (da alpenpaßfrei) Transitverkehr zufallen. Da es bei dem prognostizierten Autoverkehrszuwächsen bei einer Autobahn nicht bleiben wird, sind schon jetzt Folgeprojekte in Planung. So die hochrangige Verbindung zwischen A4 und Bratislava, die A6, sowie die

zweite Wiener Südumfahrung B301 und deren nördliche Verlängerung B302.

Durch städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen noch verschärft - es sollen in den nächsten 10 Jahren rund 100 000 Menschen allein im 22. Wiener Gemeindebezirk neu angesiedelt werden - wird weiterhin einseitig der Straßenausbau als Verkehrslösung forciert. Angesichts dieser Entwicklung und der geographischen Nähe Wiens zu Bratislava, ist zu erwarten, daß die Region östlich und südöstlich von Wien bis Bratislava ein riesiger Terminal des gesamteuropäischen Staßentransitverkehrs wird.

Autobahnlandschaften, wie es sie bis jetzt nur in den Ballungszentren der US-amerikanischen West und Ostküste bzw. Westeuropas gibt, könnten dann auch für die Bevölkerung Wiens und des nördlichen Wiener Beckens zu schrecklicher Gewißheit werden und zu unmenschlichen Lebensbedingungen führen.

Das heimische abschreckende Beispiel der Brenner Transitstrecke reicht den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern scheinbar nicht aus: Unfähig und/oder unwillig anstehende Probleme konstruktiv zu lösen. *Probleme, die in ihrer Komplexität, die Zukunft und das Leben von Millionen Menschen und den von ihnen bewohnten Regionen in den nächsten 10-20 Jahren betreffen.*

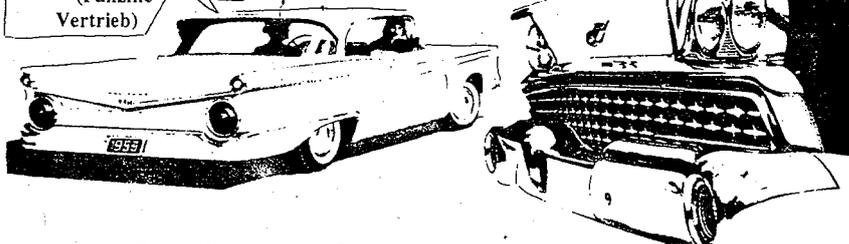
Unfähig und/oder unwillig diese Aufgaben selbst sinnvoll zu erfüllen, delegieren sie die Lösung der daraus entstehenden sozialen und ökologischen Konflikte an die Exekutive und an die Justiz.

FLEX's DIGEST #5 out now!

Interviews:
Chumbawamba - Dog
Faced Hermans - It -
der Paniktreibriegel -
Your Choice Live
Series - D.L.R.
(Fanzine
Vertrieb)

.... sowie: Dischord
Records Pt.3 - The Punks
From Asia - Zensur Pt.2 -
Splatter - Reviews -
Kolumnen - etc.

64 Seiten!



... kann gekauft werden in guten Plattenläden, in angenehmen Beisln, bei coolen Vertrieben, auf vielversprechenden Konzerten und bei netten Mitmenschen ...

Ach, wie NAT

Was ist so neu an der Neuen Bahn?

Ein Fahrplan verändert Österreich, heißt es in der Werbung. So weit, so gut, schließlich wollten wir das ja auch schon einmal. 367 zusätzliche personenbefördernde Züge täglich, davon fast alle (302) im Nahverkehr. Soweit, so immer noch gut. Verbesserungen

im Regionalverkehr waren doch auch eine alte Forderung von uns. Wir wollen da nun keineswegs nach Haaren in der Suppe tauchen, aber einiges, was in diesen NAT hineinspielt, sollte nicht so einfach unter den Tisch fallen...

(TATblatt-Wien)

Blieben wir aber noch beim Positiven: Selbst bei genauerem Hinsehen verspricht der "Neue Austro-Takt" immer noch einiges Gutes: Auf den meisten Eisenbahnlinien verkehren die Züge nun in miteinander verknüpften Taktfahrplänen. In Umsteigeknoten kommen die Züge aus den verschiedenen Richtungen ungefähr zur selben Zeit an und fahren, wenn alle da sind, nacheinander wieder ab, wodurch kürzeste Umsteigezeiten möglich wurden. Exakte Pünktlichkeit ist allerdings Voraussetzungen, denn verspätete Anschlüsse werden grundsätzlich nicht mehr abgewartet. Dadurch sollen die Reisezeiten ohne unnötige und teure Erhöhungen der Fahrgeschwindigkeiten spürbar verkürzt werden. Eigentlich ideal.

Da das alles durchaus begreiflicher Weise nicht so über Nacht verwirklicht werden kann, wird dieser "integrierte Taktfahrplan" in mehreren Stufen realisiert. Der NAT 91 ist also ein, noch einige Lücken aufweisender, Anfang, der von verbesserten NATs 95 und 97 abgelöst, und schließlich mit dem NAT 2000 vollkommen werden soll.

Mit dem am 2. Juni in Kraft getretenen NAT 91 kam es aber zweifellos auch schon zu ziemlich bedeutenden Verbesserungen im öffentlichen Schienenverkehr. Die Verbesserungen betreffen — Anbetracht der ÖBB-Unternehmenspolitik der letzten Jahrzehnte eigentlich fast nicht zu glauben — hauptsächlich den Nahverkehr. Zahlreiche Eisenbahnlinien, die bislang mit zwei, drei Zügen täglich bedient wurden, glänzen nun durch Regional- und Eilzüge im Stundentakt, mit ausgezeichneten Anschlüssen in Umsteigebahnhöfen. Zweifellos ergaben sich durch die komplizierte Abstimmung zahlreicher vernetzt verlaufender Linien für einige Relationen mitunter geringfügige Verschlechterungen (so etwa im InterCity-, vormals Städteschnell-, Verkehr zwischen Wien und Graz).

Für viele Bahnlinien war aber eine Einbindung in das vielbeworbene Taktgefüge vorerst nicht möglich. Auf diesen Linien wurde zwar trotzdem meistens das Zugangebot erhöht, die Anschlüsse zu den taktfahrenden Anschlußlinien sind aber mitunter nicht gerade attraktiv.

Diese Schwierigkeiten mit dem NAT liegen größtenteils in der praktizierten Verkehrspolitik begründet. So wird zwar pausenlos die Förderung des öffentlichen Verkehrs propagiert, das Geld aber nur in den Straßenbau gebettet. Und auf technisch veral-

teten eingleisigen Strecken mit dichtem Personen- und Güterverkehr kann nicht einfach mir-nix-dir-nix ein dichter Taktverkehr aus dem Boden gestampft werden. Schließlich müssen die Züge auch noch einander ausweichen können, und das, möglichst ohne unnötiges Aufhalten von Güterzügen, die, wenn sie einmal rollen, dies zwar fast ohne Energieverbrauch tun, beim Anfahren dafür aber wahre Unsummen fressen. Darüberhinaus sollte nach Möglichkeit nicht durch irgendeine unbedeutende Verspätung gleich der gesamte Verkehr zwangsläufig zusammenbrechen, weil sich platzmäßig kein Ausweichen mehr ausgeht und eine Verspätung automatisch die andere bedingt.

Solche Umstände ließen sich durch einige kleinere Umbauten mitunter leicht korrigieren, für die allerdings kein Geld vorhanden ist.

VON VORRANG, NACHRANG, VERKEHRSPOLITIK UND SO

Der Ausbau von Bahnlinien wurde in den letzten Jahren hauptsächlich für wichtige Nord-Süd-Transitachsen angekündigt. Während aber der Autobahnbau etwa über den Pyhrn vorangetrieben wird, räkeln sich die Eisenbahn-Züge wohl noch lange Jahrzehnte eingleisig über Pyhrn und Tauern. Mit schönen Reden wird das Transitproblem vermutlich aber nur schwerlich zu "lösen" sein.

Auch der Verkehr in Richtung "Osten" sollte bekanntlich ausgebaut werden, unter weitestgehender Bevorrangung der Schiene, freilich, wird versprochen. Während die Autobahnprojekte erinnerlicherweise durchgeprügelt werden, begnügte man sich beim Bahnausbau vorerst mit unzähligen Verträgen, Absichtserklärungen und feierlichen ersten Spatenstichen. Die meisten Projekte kommen allerdings nur selten über dieses Spatenstichstadium hinaus. Ein mit viel Blasmusik, Humptata und Blablabla gesetzter erster Fahrleitungsmast in Retz wird dieser Tage wieder abgetragen, weil er ohnehin nur sinnlos und vereinsamt herumge-

standen ist. Die feierlich begonnen Elektrifizierungsarbeiten der Eisenbahnlinien Richtung CSFR über Retz (Nordwestbahn) und Gmünd NÖ (Franzosefsbahn) wurden per Vorstandsbeschluss aus Geldmangel "zurückgestellt". Eine Fertigstellung erscheint für dieses Jahrtausend unwahrscheinlich.

DER FREIE MARKT DER ARBEITSKRÄFTE

Billiglohn-Eisenbahner im Ausverkauf

Ein weiteres Problem des NAT 91 war es, daß mehr Züge auch mehr Arbeitsleistung von Seiten des Bahnpersonals erfordern. Eigentlich war dies weniger ein Problem des NATs, als eines des Personals. Eines Bahnpersonals, das so nebenbei freilich immer weiter wegrationalisiert werden soll. Da allerdings auch verpflichtende Überstundenleistungen selbst mit immer wiederkehrenden "Privilegiendiskussionen" nicht weit über so ca hundert Überstunden pro Monat hinaus ausweitbar sind, mußte der ÖBB-Vorstand neue Wege gehen. Nach



Jahren der Aufnahmesperre wurde versucht, so rasch wie möglich massigst Fahr-dienstleiterInnen und Triebfahrzeugführer aufzunehmen. Da die Ausbildung eines Triebfahrzeugführers aber Jahre dauert, der Bedarf von zusätzlichen dreihundert zusätzlichen Triebfahrzeugführern jedoch bis

2. Juni gedeckt werden mußte, kam der Vorstand in eine gewisse Zwangslage.

In der Zwischenzeit kam es aber im "ehemaligen Osten" zu den bekannten "revolutionären" Ereignissen. Im Zuge der allgemeinen "Befreiung" wurden dort auch allerhand Arbeitskräfte "freigesetzt", und so fanden sich unversehens auch zahlreiche EisenbahnerInnen wegrationalisiert wieder.

In Österreich wurde schließlich die Idee geboren, doch einfach billige Triebfahrzeugführer aus der ehemaligen DDR einzukaufen.

Für die EisenbahnerInnen bei der Deutschen Reichsbahn (DR), der Bahnverwaltung der ehemaligen DDR, stellte sich die Lage inzwischen ohnehin besonders mies dar. Die DR sollte trotz Anschluß der DDR an die BRD bestehen bleiben, da sie erst auf westlichen Standard gebracht werden sollte, ehe sie mit der (West-) Deutschen Bundesbahn (DB) wiederzvereinigen würdig erscheint. DB-Standard heißt: möglichst schnelle Züge auf möglichst wenig Linien mit möglichst wenig Personal zu möglichst hohen Preisen. Also wurden zahlreiche Eisenbahnlinien eingestellt, die Tarife drastisch erhöht, und massivst Personal entlassen. Weitere Anpassungen, wie etwa die Anpassung der Löhne der DR-Angestellten auf das Lohnniveau der DB (bei gleicher Arbeitsleistung bei inzwischen gleicher Wirtschaft und gleicher Währung usw.) fielen freilich unter den Tisch. Kleine Wogen der Unzufriedenheit, die sogar zu einem kurzen Streik der DR-lerInnen geführt hatten, konnten mit ein paar Versprechungen rasch geglättet werden.

Nun: Die ÖBB wollten also ein paar der "unnötig" gewordenen Lokführer der DR "kaufen". Dann aber schien es so, daß auch die DB viele zusätzliche Lokführer bräuhete, und ebenfalls daran denke, diese in den "neuen Ländern" billig zu erstehen. Also wurde seitens der ÖBB befürchtet, daß ihnen die DB die "Gustostückerln" am Arbeitskräftemarkt vor der Nase wegschnappt, und nur die Restln für Österreich überbleiben. Zum Glück gab es aber gerade auch noch andere frisch-befreite Länder, und so wurde in der Folge in Polen nach Triebfahrzeugführern für die ÖBB Ausschau gehalten. Strenge Aufnahmetests verlangten perfekte Deutschkenntnisse, die aber von genug Leuten aufgebracht werden konnten, sodaß dem Ankauf dieser Menschen eigentlich nichts mehr im Wege gestanden wäre. Im letzten Moment entschloß man sich dann aber, doch lieber die deutsche Ware zu bevorzugen, und doch auf die DR-Lokführer zurückzugreifen. Die polnischen Lokführer, die bereits alle Aufnahmeanforderungen erfüllt haben, wurden mit einem "Leider-Nicht" abgespeist, und das wars dann auch schon wieder.

In der Zwischenzeit versehen bereits die ersten Ex-DR-Lokführer nach Einschulung in die österreichischen Betriebsvorschriften ihren Dienst im Linzer Raum. Sie bekamen allesamt auf ein Jahr befristete Dienstver-

träge, und verdienen deutlich weniger als ihre beamteten ÖBB-Kollegen (aber immer noch mehr, als sie bei der DR verdient hatten).

Es gibt nun also zwei Klassen von Triebfahrzeugführern bei den ÖBB. Die österreichischen und die "ausländischen".

Da durch die Billig-Arbeitskräfte berechtigte Forderungen wie etwa bessere Arbeitsbedingungen, angemessenere Überstunden-, Nachtdienst- oder Wochenendarbeitsabteilungen untergraben wurden, garte unweigerlich der Zorn unter den "alten" österreichischen Triebfahrzeugführern. Diese meinten, daß bessere Arbeitsbedingungen und besserer Lohn den Arbeitsplatz attraktiver machen würde, und dann in weiterer Folge auch mehr Leute Triebfahrzeugführer werden wollten, was betrieblich gesehen, mittelfristig ebenfalls zur Deckung des Personalbedarfs führen würde, und nebenbei oder in erster Linie die aktuelle Situation der Bediensteten verbessern könnte. Die Billig-Arbeitskräfte werden nun aber als Quasi-Lohndrücker mißbraucht, und nehmen dem ÖBB-Vorstand jede Veranlassung, die Situation der Triebfahrzeugführer zu verbessern. Die "Gewerkschaft der Eisenbahner" fungiert bekanntlich schon seit Langem nur mehr als verlängerter Arm des Vorstandes, und hat mit den Interessen der Arbeitenden nicht mehr viel am Hut (außer schöner Worte, freilich). Besonders zu jenen Zeiten, zu denen polnische Lokführer im Gespräch waren, wurde der berechtigte Zorn innerhalb der Belegschaft gerne in Form von Fremdenhaß kanalisiert. Ein Gerücht jagte das andere, und letztendlich waren es endlich einmal wieder "die Ausländer", die an allem Schuld waren.

Über das gegenwärtige Verhältnis zwischen den österreichischen und ostdeutschen Triebfahrzeugführern liegen uns keine aktuellen Informationen vor.

Auf normalem Wege aufgenommene Triebfahrzeugführer müssen übrigens weiterhin stolz ihre österreichische Staatsbürgerschaft nebst ihrer Männlichkeit unter Beweis stellen, ehe überhaupt an einen Aufnahmestest gedacht werden darf. Frauen sind für diesen Beruf auch heute noch verboten.

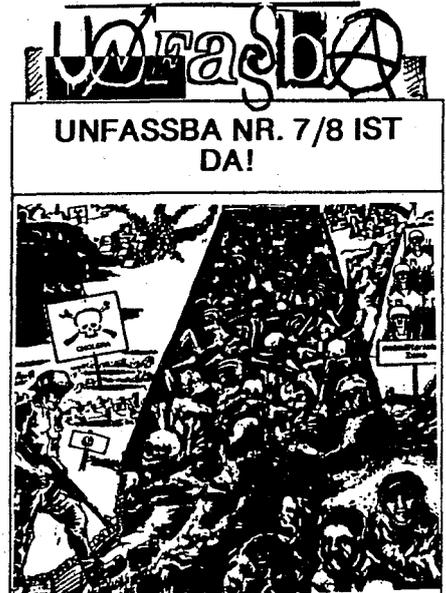
PREISERHÖ TARIFANPASSUNG

Trotz der neuen Triebfahrzeugführer sind die Überstundenleistungen der "alten" Triebfahrzeugführer gezwungenermaßen erhöht worden. Dies und die Gehälter für die zusätzlichen Arbeitskräfte — auch in anderen Bereichen des ausführenden Betriebsdienstes — sowie die unzähligen Bauvorhaben (ungeachtet dessen, daß sie ohnehin nicht durchgeführt werden), müssen nebenbei auch dafür herhalten, daß mit 1. Juli die Fahrpreise bei den ÖBB kräftig angehoben werden. Der wahre Grund liegt in Budgetkürzungen, die irgendwie kompensiert werden sollen. Ansonsten wäre vielleicht nicht genug Geld für den Straßenbau vor-

handen. Im Falle der Bahn gehen diese Budgetkürzungen in erster Linie auf die Kosten der Bediensteten und der Reisenden (und dann in weiterer Folge freilich auch auf Kosten derer, die beispielsweise an den Autobahntransitrouten wohnen, usw).

Die Fahrpreise steigen am 1. Juli um durchschnittlich 4,85%. Bei einer einfachen Fahrkarte für 10 Kilometer macht die Preiserhöhung satte 7,14% aus. Dementsprechend erhöhen sich auch die Streckenkartentariife, und auch die Preise für Berechtigungsmarken für Fahrpreisermäßigungen werden angehoben. Die geplante Einführung einer "Comfort-Tax" für Euro-City- und SuperCity-Züge von S 50, — wurde allerdings wieder verworfen. Damit wären zahlreiche schnelle Züge für PendlerInnen unerschwinglich geworden (was aber auch Ziel dieser Tarifidee gewesen ist — schließlich soll doch nobles internationales Reisepublikum nicht durch schwitzende ArbeiterInnen gestört werden, die sollen lieber in langsamen Regionalzügen herumtuckeln — müßens halt früher aufstehen...).

Bei alledem soll freilich nie die Ehrlichkeit der PolitikerInnen in Frage gestellt werden, die vom Vorrang für den öffentlichen Verkehr sprechen. Ebenfalls sollen keineswegs irgendwelche Kapitalinteressen, etwa der Bau-, Mineralöl-, oder Autoindustrie unterstellt werden. Das wollen wir ganz bestimmt nicht, das wär nicht NAT, wär' es nicht. Undsoweiterundsofort •



Doppelnummer! Themen: Mit Rassismus gegen Männerwahn: Betty Mahmoudy - Nicht ohne meine Tochter, Grenzen auf!, Kurdistan, BekennerInnenbriefe, Volksport, Antifa, Anarchafeminismus, Knast- und Häuserkampf, Tag X, Kriminalisierung, 1.Mai-Rückblick, Comix, ...
Preis: 6,- Muck, **Abo:** 20,-, **WiederverkäuferInnen:** 9 Exemplare, 40 Mack. Alles nur bar und im Voraus **bei:** Unfi, c/o Umwälzzentrum, Scharnhorststr. 57, W-4400 Münster.

Selbstdarstellung des Antirassismus – Telefons

Ein Schwerpunkt der Aktivitäten des Vereines "Interkulturell" gehen davon aus, daß der Rassismus aus Österreich nicht verschieden ist und nach wie vor in die verschiedensten Bereiche dieser Gesellschaft hineinwirkt. Rassismus und Diskriminierungen sichtbar zu machen, ist ein wichtiger Bestandteil unserer politischen Arbeit.

Wir verstehen das Antirassismus – Telefon vor allem als Meldestelle für solche Menschen, die von rassistischen Drohungen, Übergriffen und Diskriminierungen betroffen sind, aber auch als Melde- und Anlaufstelle für solche Personen, die von rassistischen Äußerungen und Vorfällen erfahren und selbst nicht betroffen sind. Rassismus kann Menschen überall begegnen: In der Schule, im Cafe, auf der Straße, bei der Wohnungssuche, bei der Polizei,...

Wir sammeln mit Hilfe des Telefons Informationen über rassistische Aussagen, Aktionen und Bedrohungen und werden diese Meldungen nach Wunsch anonym veröffentlichen.

Wir hoffen mit dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit unserem Ziel einer antirassistischen Gesellschaft ein wenig näher zu kommen.

Sollte konkrete Beratung für Betroffene (ausländische MitbürgerInnen und Flücht-

linge) notwendig sein, werden wir sie, soweit als möglich, an kompetente Beratungsstellen und RechtsanwältInnen weitervermitteln: Das antirassistische Telefon ist auch als Anlaufstelle für solche Institutionen (z.B. Schulen) gedacht, die Informationen über Rassismus bzw. über Möglichkeiten antirassistischer Arbeit benötigen.

Aber wir hören und berichten natürlich auch gerne etwas über Beispiele, über Initiativen und Projekte, die das solidarische Zusammenleben von ausländischen MitbürgerInnen und Einheimischen fördern und damit Diskriminierungen entgegenwirken.

Am 23.Mai wurde das Antirassismus – Telefon im Vereinslokal "Interkulturell" c/o ÖIE in Innsbruck installiert.

Was ist Rassismus???

Rassismus heißt, andere ethnische Gruppen auf Grund ihrer Abstammung als minderwertig einzustufen. Der Rassismus geht primär vom Staat bzw. von seinen Institutionen (z.B. Polizei, Gericht, etc.) aus, die bestimmte Gruppen z.B. durch rassistische Gesetze benachteiligen und ihnen damit bestimmte Möglichkeiten entziehen:

Wenn ausländische MitbürgerInnen

nicht wählen und nicht gewählt werden dürfen, wenn sie von Gericht und Polizei diskriminiert werden, wenn ausländische MitbürgerInnen, Flüchtlinge oder "ethnische Minderheiten" gegenüber ÖsterreicherInnen bei der Arbeits- und Wohnungssuche benachteiligt werden, oder wenn zum Beispiel in Kärnter Volksschulen slowenisch- bzw. zweisprachige Kinder von deutschsprachigen getrennt unterrichtet werden, sprechen wir von einem "institutionellen Rassismus". Um die Gleichstellung aller hier lebenden Menschen durchzusetzen, muß vor allem dieser "institutionelle Rassismus" bekämpft werden.

Ausländische MitbürgerInnen und Flüchtlinge, "ethnische Minderheiten" müssen aber auch vor einem "Rassismus von unten" geschützt werden, mit dem die-

se Gruppen in fast jeder Lebenssituation konfrontiert sind:

Wenn "unsere" Kinder nicht mit "Tschuschen Kindern" spielen sollen/wollen, wenn "Gast"-ArbeiterInnen in bestimmten Lokalen nicht bedient werden, oder wenn Tür und Tor versperrt werden, sobald sich Flüchtlinge ankündigen, hat der Rassismus wieder einmal zugeschlagen.

Das antirassistische Telefon wird den Rassismus nicht beseitigen können. Aber diese Initiative kann vielleicht durch das Sichtbarmachen des Rassismus aufzeigen, wie zerstörerisch diese Ideologie sowohl für die "Opfer", als auch für die Täter ist.

DIE TELEFONNUMMER:
0512/56 72 71

SOLIDARITÄT MIT DEN ANTIFASCHISTISCHEN GRUPPEN IN DER DDR!

In der ex-DDR vergeht kaum ein Tag an dem nicht rechtsradikale einen Mord begehen oder Menschen (vornehmlich AusländerInnen) krankenhausrif prügeln. (Am 5 Juni wurde ein 30 Jähriger Arbeiter von rechtsextremen Skinheads in Leipzig aus der Straßenbahn geworfen und erlag wenig später seinen Verletzungen).

Um weitere Aktionen und Morde der Faschisten zu verhindern brauchen die antifaschistischen Gruppen in der ex-DDR unsere Hilfe.

Gebraucht werden noch immer: Geld, "Waffen", Infomaterial, Antifapickerl und Plakate, Farbsprays, Feuerlöscher, Ideen,.....

Das TATblatt wird die hoffentlich zahlreichen Spenden an die Antifaschistischen Gruppen in der ex-DDR weiterleiten.

TATblatkonto: PSK 7547212 mit dem Vermerk (DDR).

"Waffen", Infomaterial, Pickerl... vorbeibringen oder dem TATblatt schicken.

**HELFT DEN ANTIFAS!
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTISCHEN BANDEN!**

Aufruf zur Antifaarbeit !!! Hallo Leute !!

Bitte schickt uns massigt Infos, Bücher, Cash, Kuverts..

Weiters gibts bei uns noch immer die legendären Antifa-Aufnäher:

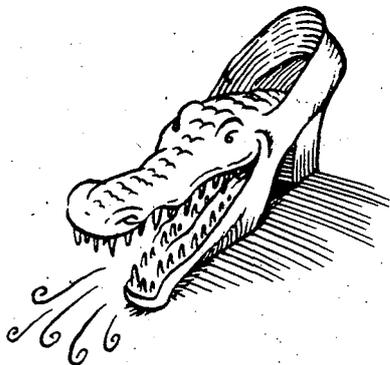
GEGEN NAZIS + GEGEN SKINS

weiß-schwarz•schwarz-rot•weiß- rot für 15 Öschis/Stk. + 5 fürs Porto

im doppelten Umschlag an:
Tabblatt

Gumpendorferstr.157/11, 1060 Wien
innerer Umschlag:Antifa

**Die meisten schönen
Schuhe sind nette
kleine Folterkammern.**



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA
GehenSitztenLiegen

1080 WIEN, Meini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083 626
1010 WIEN, Himmelpfortgasse 26, Tel. 512 19 67

Bericht aus Leipzig

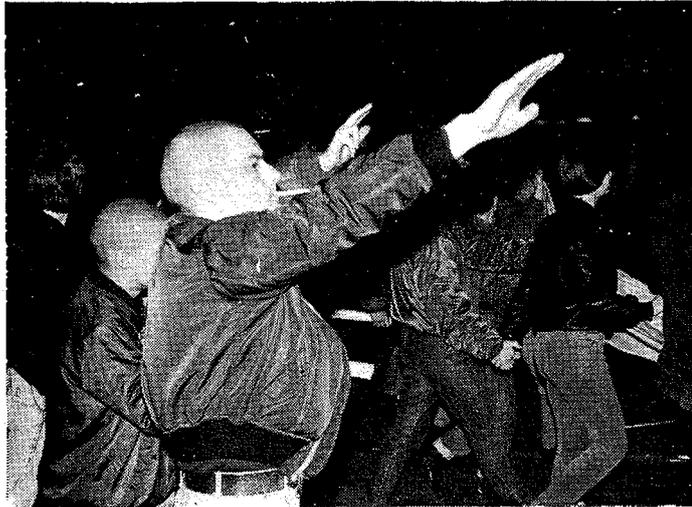
(Medienzentrum)

Leipzig ist eine wunderschöne Stadt mit ca. 550 000 EinwohnerInnen und 400 Polizist(inn?)en. Wie in Städten dieser Größe üblich, ist Leipzig in mehrere Bezirke bzw. Stadtteile eingeteilt. Nachdem wir uns hauptsächlich in Connewitz aufgehalten haben, beziehen sich sämtliche Aussagen auf diesen Bezirk. Connewitz ist das Zentrum der Autonomen- und HausbesetzerInnenzene. Eigentlich ein Abruchviertel, von dem mensch annehmen muss, dass früher oder später Häuserspekulanten dort ihr Unwesen treiben werden. Noch tut sich nichts dergleichen. Viele Häuser sind unbewohnt und selbst den bewohnten Häusern sieht man/frau diese Tatsache von außen oft nicht an. Das erste, was es in Connewitz zu lernen gilt ist, dass der äußere Schein oft trügt. Auch mit den in Österreich erlernten Begriffen und Normen kommt mensch hier nicht sehr weit.

Ausgangspunkt unserer Kurzexpedition war die Staekkartstrasse. Dort gibt es ein Straßencafé, dieser Treffpunkt ist weder zu übersehen noch zu überhören. Ein wenig seltsam mutete allerdings das Äußere einiger dort Anwesender an. Die sahen nämlich aus, wie hierzulande Skinheads auszusehen pflegen. Und wie sich in kurzen Gesprächen herausstellte, waren das auch solche. Aber eben keine der üblichen Skins, sondern: - S.H.A.R.P.-Skins, was soviel bedeutet wie Skinheads against racial prejudice. Sollen (angeblich) international organisiert sein und eben gegen Rassismus auftreten. - Red-Skins, eine Bewegung, die ursprünglich aus Jamaica kommt. Schwarze(!) Red-Skins bewahrten sich in Kingston als

Schutztruppen der streikenden Arbeiter, bildeten fliegende Einsatztruppen, die Streikbrecher abwehrten. Ende der 60er Jahre wurde in England, vor allem in den Liverpools Elendsvierteln eine Bewegung junger Arbeiter daraus, die gegen die staatliche Unterdrückungsmaschinerie und das Kapital protestierten. Ihre Musik waren Ska, Soul, Reggae und Oi. Anfang der 80er Jahre tauchten in der BRD die ersten Skins

Leipzig Feb. '90: nur »national eingestellt«?



auf. Diese wurden systematisch von Nazis unterwandert, da niemand sonst bereit war, der Skin-Bewegung Raum zu geben. So entstand die absurde Situation, dass rassistische Skins zu "Negermusik" tanzen und anschließend "Sieg Heil" brüllen. In der ehemaligen DDR gibt es nun wieder Skins, die an den Ursprüngen der Red-Skin Bewegung festhalten und sich von den Faschos distanzieren.

Also doch Linke. Sehen eben nur aus wie Rechte. Oder viel besser, die Rechten sehen heute so aus, wie ursprünglich die Linken. In Leipzig gibt es innerhalb der linken Szene eine rege Diskussion über diesen Umstand. Eine rein optische Unterscheidungsmaßnahme zwischen Linken und Faschos gibt es bei den Skins nämlich nicht. Was mitunter zu erheblichen Schwierigkeiten führen kann. Und das Argument, dass sowieso jeder jeden kennt, dürfte nicht einmal innerhalb der Leipziger Autonomen unumstritten sein. Ausserdem gibt es da noch den Vorwurf, dass die Leipziger "linken" Skins einem Männer- und Körperkult huldigen.

Danach wurde Leipzig aber zu einem durchaus positiven Erlebnis. Wir besuchten ein paar besetzte Häuser

(genaue Adressen kriegt ihr in der Staekkartstrasse) und stellten fest, dass eigentlich ein sehr gutes Klima innerhalb der "Szene" herrscht. Nachdem der Fascho-terror des Vorjahres (zerstörte Cafés, Jugendclubs, über 200 teilweise erheblich verletzte bei Überfällen, sogar 25 verletzte Polizisten (bundesweit waren es 50!) nachgelassen hat, stehen nun die inhaltlichen Diskussionen innerhalb der einzelnen autonomen

Gruppen mehr im Vordergrund. So passiert es auch manchmal, dass Leute feststellen, dass sie gar nicht miteinander wohnen und/oder arbeiten können. Die starke Solidarität während der ständigen Bedrohung von außen hat dem Alltag Platz gemacht. Doch abgesehen von den üblichen Streits, die es so wieso überall gibt, sind die Voraussetzungen dafür, dass sich in Connewitz wirklich ein autonomes Kulturzentrum entwickeln wird nicht so schlecht. Bis jetzt gibt es ein paar besetzte Häuser, in denen die jeweiligen BewohnerInnen probieren, die Wohnungen einigermaßen herzurichten und funktionierende Wohngemeinschaften entstehen zu lassen. Obwohl die Häuser von außen eher abbruchreif aussehen, sind sie innen in einem sehr guten Zustand. Eines dieser Häuser plant die Einrichtung eines Kommunikationscafés. In mehr oder weniger regelmäßigen Abständen werden ein paar Zeitungen herausgegeben (Reaktion, Radikale Linke, ...), in denen aktuelle Diskussionen abgewickelt werden. Eine Initiative hat einen Verein gegründet, der 14 Häuser verwaltet und sich zur Aufgabe gesetzt hat, diese außen und innen wohnlich zu gestalten. Dieser Verein hat sogar 6 bezahlte Posten über die sogenannte ABM (Arbeitsbeschaffungs-Maßnahme, so ähnlich wie Aktion 8000 in Österreich). Leider gibt es in diesem Verein aber auch Leute, die einfach nur eine billige Wohnung haben wollen, und sich um sonstige Zusammenhänge nicht weiter kümmern. Insgesamt kann ich mir aber ganz gut vorstellen, warum einige Leute, die nur auf ein paar Tage zu Besuch nach Leipzig kamen dort schon mehrere Monate haengeblieben sind.

Was sonst noch alles in Leipzig los ist:

Eine autonome Kulturinitiative namens "Reaktion" bastelt gerade an einem Kulturkonzept. Ein Haus für Veranstaltungen ("Eiskeller") gibt es schon, dort finden regelmäßige Konzerte u.s.w. statt. Geplant ist

Nazi-Treffen in Wunsiedel

Die militanten Neonazis mobilisieren bundesweit für ein Treffen am 17. August in Wunsiedel am Grab von Rudolf Hess. Die FAP hat zu diesem Anlaß z.B. eigene Aufkleber gedruckt. Nach den Erfahrungen in den vergangenen Jahren muß damit gerechnet werden, daß dabei 1000 bis 2000 militante Neofaschisten aller Fraktionen zusammenkommen.

Eine Bürgerinitiative in Wunsiedel bereitet eine Gegendemonstration vor.

Der AK Neofaschismus in Nürnberg hat zum Thema eine Ausstellung und eine lesenswerte Broschüre erstellt: "Die Männer fürs Grobe". Die Broschüre kann man für 4,- in Briefmarken bestellen bei:

AK Neofaschismus
PLK-Nr. 0502590
8500 Nürnberg 1

eventuell die Uebernahme einer alten Brauerei zum Zwecke der Errichtung eines Kulturzentrums.

Die Leute in Connewitz sind sehr bedacht darauf, keine harten Drogen ins Viertel zu lassen. Das hat sich schon weit herumgesprochen. Aus anderen Teilen Deutschlands kommen immer wieder Heroinabhängige zum Entzug nach Leipzig, und werden dort integriert und betreut. Gute Sache.

Die Antifa Jugendfront und andere autonome Gruppen versuchen, dem rechtsradikalen Terror so gut wie möglich zu begegnen. Z.B. das Friedenscamp anlässlich des Golfkrieges, das mitten in der Stadt aufgeschlagen wurde, war mehrmals Ziel von Faschoangriffen, die zurückgeschlagen wurden. Bei größeren Demos (z.B. 1.Mai) sehen sich die Autonomen allerdings zunehmend mit dem Bayerischen Bundesgrenzschutz konfrontiert.

Der Vertrieb der Bild-Zeitung wurde auch schon kurzzeitig verhindert. Die Bild-Zeitung hatte mitten in Connewitz ein Lager angelegt, und die Kolportiere versorgten von dort aus Teile von Leipzig mit Bild (katz, wuerg). Damit nichts passiert, wurden vom Verlag einige Neonazis mit der Bewachung des Lagers betraut. Ausgerüstet mit Waffen im Wert von 2000,—DM. Ein paar Tage lang konnten sie das Lager ordentlich bewachen. Dann wurde das Lager gestürmt, und sämtliches Material (leider inklusive eines Computers) vernichtet. Die Faschos verteidigten sich, indem sie vom Dach aus mit Leuchtspurnmunition herunterschossen. Nun steht das Haus aber wieder einsam, wenn auch etwas Ruzschwaerzt da.

Noch eine kleine Anmerkung zum Thema: Wie faschistoid ist die BRD?

Stichwort: Abwicklung
Stichwort: Treuhand

Woher? Die juristischen Begriffe wurden einer nichtjuristischen Öffentlichkeit erstmals 1938 bekannt. Sie tauchten in den Durchführungsbestimmungen des von Hermann Goering am 29. November 1938 unterschriebenen Gesetzes zur "Arisierung der juedischen Wirtschaft" auf. Es gab damals eine "Haupttreuhandstelle" in Berlin; die in den einzelnen Staedten des Deutschen Reiches fuer die Enteignung juedischer Betriebe Verantwortlichen hieszen "Treuhaender", und der ganze Prozess der Zerschlagung der juedischen Wirtschaft wurde von Goering "Abwicklung" genannt.

52 Jahre spaeter wurden die inzwischen vergessenen Begriffe erneut populaer. Die Sprache der Nazijuristen, in der alten Bundesrepublik ungebrochen weitergefuehrt, erreichte die ehemalige DDR.

(Aus: DAZ, 9.1.1991, Ethymologisches Woerterbuch zum Ausschneiden)

Demo der tschechischen Faschisten

(telegraph)

Als Höhepunkt einer landesweiten Aktionswoche veranstaltete die rechtsradikale Republikanische Partei am 13. April einen Marsch durch Prag mit 4.000 TeilnehmerInnen. Ihre AnhängerInnen — Skinheads, von Arbeitslosigkeit bedrohte Werktätige, politische Gefangene aus den 50er Jahren und StudentInnen — riefen Parolen und applaudierten Miroslav Sladek, ihrem charismatischen Führer, der bis November 1989 Angestellter der Zensurbehörde war.

In Sladeks Megaphonreden spiegelt sich die verwirrte, popularistische Basis seiner Bewegung wider. So behauptet er: "alle Regierenden sind Kommunisten und STB (Ex-Stasi)-Leute. Wir werden zu Fremden im eigenen Land", "Sie wollen, daß wir slowakisch, deutsch und ungarisch sprechen!", "Die Regierungen? (Bundes-, tschechische und slowakische) — Ich würde bloß sieben Minister brauchen!"

Sämtliche Probleme der tschechischen Republiken werden einer mysteriösen Mafia aus Kommunisten, ehemaligen Kommunisten, Charta 77-Spitzeln, jüdischen Intellektuellen, undankbaren Slowaken und ausländischen Monopolen zur Last gelegt. Mit Ausnahme seines Rassismus geht Sladek damit auf viele Realitäten der tschechischen Wirtschaft ein. Die kommunistische Bürokratie wurde nicht von der Macht entfernt; eigentlich stellt die gegenwärtige Elite einen Kompromiß zwischen ihnen und der Elite der Charta 77-Intelligenz dar, von denen viele bis 1968 auf hohen Posten saßen. Bei Einstellungen in Staats- und Wirtschaftsinstitutionen gibt es zweifellos ein starkes "Jobs for the boys"-Phänomen unter ehemaligen Charta-Mitgliedern. Mafiagruppierungen in der Bürokratie machen Verträge mit ausländischen Unternehmen, um Staatseigentum in spekulativen oder kurzfristigen Projekten loszuschlagen, die nicht zur Gesundung der Wirtschaft beitragen werden. Die Regierung scheint paralysiert. Das Parlament ist vom Volk abgekoppelt und versinkt in einem Sumpf von 40 Gesetzentwürfen zur Wirtschaftsreform, die niemand versteht. Der Lebensstandard der ArbeiterInnen ist im letzten Jahr über 30% gefallen und die Wirtschaft schwächer als je zuvor. Inflation und Arbeitslosigkeit steigen.

Die Strategie der Republikaner, auf diese Probleme einzugehen, bringt eine Reihe von widersprüchlichen Parolen hervor. Entschlossene Säuberungen und die Entlassung aller Ex-KP-Mitglieder in führenden Positionen würde über eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen. Eine starke Regierung würde angeblich die Korruption stoppen und faire Verträge mit ausländischen Investoren garantieren. Außerdem haben die Republikaner die Parolen der Linken von Selbstverwaltung und Aktieneigentum von Belegschaften übernommen.

Die Eindrücke von einer Reihe von linken FreundInnen haben meine eigenen Auffassungen bestärkt, daß die Republikaner seit ihrer letzten Demo, anlässlich des Besuchs von George Bush im letzten November, nicht weiter angewachsen sind. Ihre Anhängerschaft ist in einem Zustand permanenter Fluktuation, und Sladek konnte bis jetzt weder eine organisatorische Struktur noch eine respektable Fassade aufbauen. Es gibt auch keinen Dunstkreis von Skinheadbanden, die für die Partei die dreckige Arbeit machen. Sicherlich hat diese Aktionswoche jedoch alle drei Ziele etwas näher gebracht. Die Linke hat auf die populistische, rassistische und antibürokratische Rhetorik nicht reagiert. Zwei Tage nach der Demonstration hat der trotzkistische Abgeordnete Petr Uhl erneut seine Unterstützung für die Wirtschaftsreformen von Klaus (Finanzminister) ausgedrückt und sich lediglich gegen dessen "autoritäre Tendenzen in der Politik" ausgesprochen (Mlada fronta dnes, 15.04.91). Ein Großteil der Linken begnügt sich damit, die Republikaner als Demagogen abzutun, ohne auf ihre konfuse Unterstützung für die "Selbstverwaltung" einzugehen. Es gibt auch keinen Versuch, etwas gegen die Demonstrationen zu unternehmen oder auch nur mit ihren peripheren AnhängerInnen zu diskutieren.

In der slowakischen Politik ist die organisierte extreme Rechte nicht so präsent, obwohl starke rassistische und nationalistische Gefühle eine wichtige Stellung im dortigen politischen Leben einnehmen. Der Antikommunismus ist nicht so stark, teilweise weil die StalinistInnen die Slowakei in nur 30 Jahren industrialisierten und ihren Lebensstandard auf tschechisches Niveau brachten und teilweise, weil die "Normalisierung" nach dem Prager Frühling 1968 in der Slowakei nicht so schlimm ausfiel. Während einige extrem-nationalistische Gruppen den slowakischen (faschistischen; Anm. Tb) Marionettenstaat von 1939-45 und seine gesichtslosen Führer feiern, haben die Parteien der Mitte mit ihrem chauvinistischen Sprachgesetz (das die 10%ige ungarische Minderheit diskriminiert) und ihrer pragfeindlichen Rhetorik den Mantel des Nationalismus monopolisiert. Die Linke ist die einzige Strömung, die antibürokratisch auftritt. Leider teilt sie größtenteils die antiungarische und romafeindliche Haltung der linken Mitte um Vladimir Meciar (vor kurzem zurückgetretener slowakischer Ministerpräsident) oder um den pragfreundlichen Fedor Gal.

Prag, 16. April, Adam Novak

“Sauber und liberal”

Rechte Gruppen in Norwegen

Die “Fortschrittspartei”

(Blitz-Newsletter)

Am 1. Mai wollte heuer zum 3. mal der Führer der “Fortschrittspartei” (Fremskrittspartiet) in Norwegen, Carl I. Hagen, eine Rede auf einem Platz in Oslo halten.

Die “Fortschrittspartei” wurde während der Wahlen 1987 populär, als sie meinte, daß alle Drogenabhängigen nach Svalbard (eine Insel in der Nähe des Nordpols) geschickt werden und die Grenzen Norwegens für alle Fremden, Flüchtlinge und Asylsuchende aus dem Trikont geschlossen werden sollten. Gegründet wurde die Partei von Anders Lange, der gute Kontakte zu den Faschisten und Nazis hatte, und ihre verschiedenen Gruppen wurden während der 70er mit gewalttätigen Aktionen stärker aktiv. Anders Lange wollte etwas machen, das “sauberer und liberaler” sei. Er gründete die “Anders Lange-Partei” in den frühen 70-ern. Als Lange in den späten Siebzigern starb, baute Carl I. Hagen die Partei in einer populäreren Art wieder auf und änderte ihren Namen in “Fortschrittspartei”. Während der vergangenen 10 Jahre gewannen Carl I. Hagen und seine Partei mit ihrer rassistischen und sexistischen Politik und totalem Engagement für den “Freien Markt” weitere Unterstützung. Sie beschuldigen immigrierte Personen aus dem Trikont, der Grund für die Arbeitslosigkeit von NorwegerInnen zu sein. Sie beschuldigen die Arbeitslosen, faul zu sein und staatliches Geld zu stehlen. Gleichzeitig will C. I. Hagen den Staat zerstören, um das Wirtschaftsleben zu befreien.

Heute hat die “Fortschrittspartei” 9-10% der Stimmen in Norwegen.

Vor 2 Jahren, als Carl I. Hagen seine Ansprache am 1. Mai in Oslo halten wollte, wurde er verjagt. Vergangenes Jahr, als sein Jugendführer versuchte, in Oslo zu sprechen, wurde dieser ebenfalls gestoppt. In anderen Städten Norwegens gab es Demonstrationen, wenn die “Fortschrittspartei” auftrat.

Heuer versuchte Carl I. Hagen wieder, in Oslo zu sprechen, die anderen Parteiführer gingen in andere Städte.

In Oslo mobilisierte “Blitz”, um Hagen zu stoppen, doch versuchte die Polizei, die Leute vorher abzufangen. Es gab einige kleinere Zusammenstöße, die Polizei trat mit Pferden auf, um den Platz für C. I. Hagens Auto frei zu bekommen. Alarmeinheiten machten es schwer, Hagen tatsächlich fern zu halten, doch wurde seine Ansprache durch Eier und mehr als 1.000 Demonstrierende völlig gestört.

In Bergen wurden die Verstärkerkabel 20-30 mal zerschnitten. 47 Personen wurden festgenommen, doch gab es keine größeren Zusammenstöße oder stark verletzte Personen.

In Trondheim versuchen Leute des autonomen Jugendhauses UFFA den Sprecher zu stoppen, was aber angesichts des Polizeiaufgebotes unmöglich war und sie sich auf lautes Schreien und Pfeifen beschränken mußten.

Die “Vaterland Partei”

Diesen Frühling hatte die nationalistische “Vaterlandspartei” ihr offizielles Gründungstreffen in Bergen.

Die Menschen, die hinter dieser Partei stecken, sind ein Haufen frustrierter alter Männer, die mit Ivar Garbergs rassistischem Lokalradio und den “Nationaldemokraten”, die kommenden Herbst bei den lokalen Wahlen kandidieren werden, im Zusammenhang stehen.

... und wie sie gestoppt wurde

Ca. 100 fröhliche Anti-RassistInnen zeigten sich beim Treffen. Plötzlich bildeten sie die Mehrheit im Saal. Was wäre logischer gewesen, als daß die Mehrheit des Treffens das neue Komitee für's Treffen wählte und sodann auch gleich entschied, daß einige anti-rassistische Lieder gesungen werden sollten. Danach wurde ein anti-rassistisches Aktionsprogramm beschlossen und der Parteiname in “Die Nationale Verräterpartei” geändert.

Natürlich riefen die alten Männer die Polizei, aber diese konnte nichts tun: Die ganze Sache war total legal und artig durchgeführt. Die Polizei mußte unverrichteter Dinge wieder abziehen und die zu Narren gemachten alten Männer mit leeren Händen heimgehen. Während die “HeldInnen des Tages” noch ein paar andere Lieder absangen. ●

Kurze Geschichte des autonomen Zentrums.BLITZ, Oslo/ Norwegen:

Am Anfang stand UNGMOB (Jugend gegen staatlichen Terror), die von Jugendlichen als Antwort auf die verschärfte Bullen-Repression in Oslo Anfang der 80er Jahre, gegründet worden war. UNGMOB plante eine Hausbesetzung, die am 9. Oktober 1981 stattfand. Skippergt. 6a und b wurden von mehreren hundert Jugendlichen besetzt, für ein selbstverwaltetes Jugendhaus. Die Antwort und Taktik der Politiker war, die BesetzerInnen zu ermüden, was auch geschah.

1982 entschied der Stadtrat, den Jugendlichen ein eigenes Haus zu geben, mit der Bedingung es mit anderen Gruppen zu teilen.

Die Jugendlichen wußten das Haus zu nutzen, es bewies sich als gutes Zentrum.

In den nächsten Jahren versuchten die Politi-

ker und die Bullen das Haus und die Leute, die es besuchten bzw benutzten, loszuwerden. 1983 wurde das Blitz mit Tränengas überfallen.

Jedes Jahr versuchten sie neue Methoden und fanden neue Gründe, warum das Haus geräumt und abgerissen werden sollte.

Doch im Laufe der Jahre hat Blitz eine starke Unterstützung in der Bevölkerung erreicht. Und mehr als 300 verschiedene Organisationen sind auf der Seite von Blitz.

Im Blitz gibt es Arbeitsräume, ein Cafe, einen Veranstaltungsraum, ein Buchcafe, eine Druckwerkstatt, ein Musikzentrum für Frauen, im Dachgeschoß eine Frauenradio-Station...

Quelle: Clash Nr.0, Zeitung für Widerstand in Europa ●

Blitz: Räumungsgefahr

(Blitz-Newsletter)

Am 10. Jänner, als der Stadtrat beschloß, daß “Blitz” abgerissen werden sollte, wurden zementgefüllte Fässer, die mit Stahlträgern zusammengekettet waren, auf dem Gehsteig rund um Blitz aufgestellt. Diese Fässer sind essenziell notwendig, um Blitz zu verteidigen, wenn es von Polizisten angegriffen werden sollte. Ca 1 Monat später bekam Blitz eine Nachricht von der Baubehörde, daß die Fässer illegal seien, wenn keine Errichtungsnachricht an die Behörde ergangen wäre. Sie meinte, die Besitzer des Hauses, die Bezirksverwaltung Oslo, hätten ein Ansuchen zu senden, das dann behandelt würde. Die Bezirksverwaltung war natürlich nicht gewillt, das zu tun. Blitz schickte ein Ansuchen, das jedoch Anfang März abgewiesen wurde. Eine Woche später bekam das Haus von der

Wohnungsgesellschaft des Bezirks eine Nachricht, daß die Fässer bis zum 5. April entfernt werden müßten, andernfalls es die Bezirksverwaltung selbst tun würde.

Bis jetzt hat Blitz von der Baubehörde weder etwas gesehen, noch gehört. Sie meinen: “Sie finden immer neue Wege, um uns mit dem Schutz des Hauses beschäftigt zu halten. Dann haben wir natürlich umso weniger Zeit für andere politische Aktivitäten. Wir wissen nicht, ob sie irgendetwas mit den Fässern tun werden; die Fässer sind ein Teil des Hauses und jeder Angriff auf die Fässer ist ein Angriff auf Blitz.”

Anmerkung der Tipperin: Leute, der Sommer steht vor der Tür, und sollt es euch irgendwie in den hohen Norden verschlagen, vergeßt nicht: Solidarität ist eine Waffel (oder Knäckebröt?)! ●

Wir haben zwei Kontraguerrillas, die Feinde des kurdischen Volkes waren, bestraft !

Gegenüber dem kurdischen Volk, dessen Heimat unter Besetzung gehalten wird, wird seit Jahren eine Vernichtungs- und Eliminierungspolitik betrieben. Diese Politik wird heute in Gestalt des "Spezialkrieges" fortgesetzt. Der kurdische Mensch wird grausam unterdrückt, gefoltert, aus seiner Heimat vertrieben, seiner elementaren Rechte beraubt und diskriminiert.

Die Anti-Guerilla (Aufstandbekämpfung) ist in Kurdistan am Werk. Der Kommandierende General des Armeekorps für Ruhe und Sicherheit im Ausnahmezustandsgebiet, Ismail SELEN und der Regimentskommandeur der Gendarmerie in der Stadt Siirt, Brigadegeneral Temel CINGÖZ wurden im Rahmen unserer Kampagne "SCHLUß MIT DER BESTRAFUNG KURDISTANS, KURDISTAN GEHÖRT DEM KURDISCHEN VOLK" BESTRAFT; weil sie beide als Armee der Anti-Guerilla in Kurdistan für unzählige Verbrechen verantwortlich sind.

Mit dieser Bestrafung zweier Generalstabler des Spezialkrieges in Kurdistan und Verantwortlichen von Unterdrückung, Terror und Massaker, die dem kurdischen Volk viel Leid zugefügt haben, will unsere Organisation noch einmal ein Zeichen dafür setzen, daß der Freiheits- und Unabhängigkeitskampf des kurdischen Volkes unter allen Umständen fortgesetzt wird und die, die sich gegenüber unseren Völkern schuldig gemacht haben, sich der Gerechtigkeit des Volkes nicht entziehen können.

Wir werden denjenigen nicht verzeihen, die gegenüber unseren Völkern Verbrechen begehen.

Alle, die das kurdische Volk unterdrücken, der Grausamkeit unterwerfen, foltern und diskriminieren, werden weiterhin unser Ziel sein.

Während seines Dienstes als kommandierender General des Armeekorps für Ruhe und Sicherheit im Ausnahmezustandsgebiet, war Ismail SELEN für alle Unterdrückungen und Grausamkeiten in Kurdistan verantwortlich. Während seiner Zeit dauerten Terror und Massaker gegenüber dem kurdischen Volk an, die Angriffe der Spezialeinheiten und der Gendarmerieeinheiten nahmen mit aufsteigender Tendenz zu. Bei der Verbreitung der Folter, der verstärkten Unterdrückung des zivilen Volkes, der Vermehrung der Dorfmitzeln und der Hetze der KurdInnen, der Entwicklung der Denunziation und der Beschleunigung der Verbannungen spielte eine direkte Rolle. Die Anti-Guerilla in Kurdistan wurde unter seinem Befehl noch effektiver gemacht.

Er war immer ein Feind des Volkes und der RevolutionärInnen. Als er Kommandant der Gendarmerie war, war er in seinem Dienstort auch für alle Angriffe gegen die RevolutionärInnen und das Volk, direkt verantwortlich. Deshalb haben wir ihm mit

dem Tode bestraft.

Temel CINGÖZ war dagegen schon als Oberst und Kommandant der Gendarmerie der Stadt Siirt, im Gebiet Botan der Lenker der Anti-Guerilla. In fast allen Aktionen gegen das kurdische Volk in Siirt, Sirnak, adiyaman, Kahramanmaras und Umgebung, spielte er eine Rolle. Er ist einer, der selbst das Volk beschossen und gefoltert hat. Er ist dafür verantwortlich, daß Hunderte ermordet, Tausende verbannt und gefoltert wurden. Er ist derjenige, der die kurdischen Dörfer bombardieren, das Feuer auf die Bevölkerung eröffnen ließ, die Denunziation verbreitete und integrierte und die Verräter im Diyarbakir-Gefängnis selbst dirigiert hatte. Er wurde über Aufstandsbekämpfung speziell ausgebildet und gedrillt. Sein Beruf war die Feindschaft gegen über den RevolutionärInnen, Patrioten und dem Volk.

Das sind also diese Volksfeinde, die die Regierenden als sogenannten "verehrten Kinder des Vaterlandes" nennen.

Das sind keine Kinder des Vaterlandes sondern die Kinder des Imperialismus und der Oligarchie. Sie wurden in Dienst gestellt um im Namen der Machthabenden unsere Völker zu unterdrücken.

Unsere Organisation wird weiterhin diese Killer des Imperialismus und der Oligarchie, deren Hände mit Blut bedeckt sind, bestrafen. Wir werden den DEKAK'S (historischer Despot der Kurden) den Preis für ihre Grausamkeiten gegenüber dem Volk quittieren!

Es bedeutet keineswegs, daß wir Temel CINGÖZ vergessen werden, da er diesmal verletzt davongekommen ist. Wir werden ihm früher oder später begegnen und ihn für seine Verbrechen erneut zur Rechenschaft ziehen.

In der Aktion, wo er unser Ziel war, haben wir seinen Adjutant Yasar ISIK absichtlich in unserem Ziel miteinbezogen, denn er war an ein Verbrechen Temel CINGÖZ mitbeteiligt. Wir wollen noch einmal wiederholen: Weder Unterdrückung, Terror noch Massaker können den Befreiungskampf des kurdischen Volkes erwürgen. Keine Macht kann den Kampf des kurdischen Volkes für Selbstbestimmung verhindern! Der Kampf wird bis zum Sieg weitergehen!

KURDISTAN DEM KURDISCHEN VOLK! Das kurdische Volk besitzt die Kraft sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Regierung sollte das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes erkennen, die Besetzung Kurdistans beenden. In diesem Rahmen fordern wir:

- Die Aufhebung des Ausnahmezustands. Der Spezialkrieg soll in Kurdistan beendet, alle Besatzungstruppen aus Kurdistan abgezogen werden.

- Diejenigen, die Verbrechen am kurdi-

schen Volke begangen haben, müssen der Anklage überführt und bestraft werden.

- Die Dorfmitzeln müssen abgeschafft, die Spaltungspolitik gegenüber unserem Volk beendet werden.

- Alle Verbote, die die Organisations- und Meinungsfreiheit der KurdInnen verhindern müssen abgeschafft, dem aus ihrer Heimat Vertriebenen die Rückkehr ermöglicht werden.

Alle Forderungen des kurdischen Volkes müssen erfüllt werden. Diejenigen, die die VerteidigerInnen der Rechte der Kurden mit Separatismus beschuldigen, sind die wahren Separatisten. Das Zusammenleben der Völker ist nur unter gleichberechtigten und freien Bedingungen möglich. Die Machthabenden betreiben seit Jahren einen wahren Separatismus, in dem sie die Existenz des kurdischen Volkes ignorieren und ihm gegenüber die Vernichtungs- und Eliminierungspolitik anwenden.

Wir glauben an die Geschwisterlichkeit der Völker. Wir glauben daran, daß wie alle anderen Völker, auch die kurdischen und türkischen Völker Geschwistervölker sind und zusammenleben wollen. Aber unter gleichberechtigten und freien Bedingungen und auf freiwilliger Basis. Wir kämpfen dafür und führen einen Krieg. Aus diesem Grund sagen wir, daß das kurdische Volk frei sein muß.

Der Weg in die Freiheit und Befreiung führt durch den gemeinsamen Kampf unserer Völker gegen die Machthabenden. Unsere Völker werden sich gemeinsam organisieren, den Sieg durch den gemeinsamen Kampf erlangen und die revolutionäre Macht des Volkes zusammen aufbauen, nachdem sie die Herrschaft des Imperialismus und der Oligarchie ein Ende gesetzt haben.

ES LEBE DIE EINHEIT UND SOLIDARITÄT DER VÖLKER!

ES LEBE DER FREIHEITSKAMPF DES KURDISCHEN VOLKES!

DER FREIHEITSKAMPF UNSERER VÖLKER FÜHRT DURCH DIE GEMEINSAME ORGANISIERUNG, GEMEINSAMEN KAMPF UND DIE GEMEINSAME MACHT!

ALLE EINHEIMISCHEN UND AUSLÄNDISCHEN BESATZUNGSTRUPPEN RAUS AUS KURDISTAN!

DIEJENIGEN, DIE DAS KURDISCHE VOLK GRAUSAM UNTERDRÜCKEN, WERDEN NICHT OHNE STRAFE BLEIBEN!

DEVIRIMCI SOL

Silahli Devrimci Birlikler

Bewaffnete Revolutionäre Einheiten (SDB)

24. mai 1991

EINE REISE NACH V....

Ein revolutionärer Wind weht durch Venedig!

(Cossiga BOIA!)

Wie ihr vielleicht mitbekommen habt (Tb-46) hat letztes Wochenende in Venedig ein internationales Meeting stattgefunden. ca. 2000 radikale Linke (Autonome, usw.) aus allen Kontinenten, sind zusammengekommen, um dem Europa der Herrschenden ein Europa der radikalen Bewegungen entgegenzusetzen. Bene, Bene, MOLTO BENE! Die Durchführung des Kongresses wurde von den italienischen GenossInnen perfekt organisiert. Simultanübersetzung während den Vollversammlungen & Boote und Busse — eigens von der Gemeinde gecheckt, für die Unterbringung stand ein Centre Soziale (besetztes Fabriksgelände) zu Verfügung.

Um den Leuten zu zeigen was läuft, gab es dann eine kraftvolle, internationale Demo mit 2000 GenossInnen quer durch Venedig (was die Touris ziemlich verwirrt hat)

Alles in allem war es ein echt gutes, wichtiges und konstruktives Treffen; hat echt viel Power rübergebracht;

Die internationale Diskussion ist für die radikale Linke unverzichtbar, — wenn wir die herrschenden Schweine zum Teufel jagen wollen.....; deshalb brauchen wir solche internationalen Treffen.

VIEL LIEBE an die GenossInnen in Italien !!!

PARIS:

Wieder ein Jugendlicher von Bullen ermordet !

(Bericht eines Genossen aus Paris)

Nachdem bereits vor zwei Wochen ein algerischer Jugendlicher aus den Banlieus (Vororte Paris' — noch um einiges trostloser als die Großfeldsiedlung) auf der Polizeiwache von Bullen totgeprügelt wurde, haben die Bullen dieses Wochenende neuerlich einen jugendlichen Immigranten erschossen. Die Regierung, beantwortet sozialen Revolten aufgrund der aussichtslosen Lage der Leute (vornehmlich aus den Maghrebstaaten) mit der Entsendung der Sonderpolizei CRS (kann mensch schon fast als Todesschwadronen bezeichnen).

Die Bewegung in der Peripherie ist letzten Herbst neuerlich aufgeflammt, — schwere Kämpfe während des Streiks der Oberschulen — etliche Verletzte. Seit dieser Zeit ständig kleinere und größere Revolten wobei es auch zu schweren Zusammenstößen mit privaten "Sicherheitsleuten" gekommen ist. Offizielle Organisationen haben versucht diese Bewegung mit kleinen Reformen und Zugeständnissen aufzufangen, was jedoch von den Betroffenen zurückgewiesen wurde. Die Aufstände gehen fast ausschließlich von den Kids der Vorstädte die jedoch mangelhaft organisiert sind aus.

Diese Bewegung hat zur Zeit großen Einfluß in Frankreich, — die Herrschenden versuchen daher die Riots als allgemeines Problem der Großstadt zu bagatellisieren.

In Paris selbst, hat die Zahl der Delogierungen von sozial benachteiligten Personengruppen (vornehmlich ImmigrantInnen) seit 1990 stark zugenommen. Als Antwort auf diese Politik wurden von den Betroffenen zahlreiche Häuser besetzt, in Folge sind in Paris auch ein ? oder mehrere ? soziale Zentren eröffnet, die auch während des Golfkrieges als Ausgangspunkt für diverse Aktivitäten gedient haben.

Eine Besonderheit der herrschenden Schweine in Frankreich ist, daß besetzte Häuser auch von Privatmilizen der Hausbesitzer geräumt werden (diese zeichnen sich durch besondere Brutalität aus). Die meisten der besetzten Häuser in Paris dienen aber hauptsächlich als Unterkunft, politisch motivierte Häuserkämpfe finden praktisch nicht statt (abgesehen davon, daß Wohnungsnot auch eine politische Sache ist).

NATO und Militär in Italien

(Kongreß in Venedig, Flugblatt der CNA, TATblatt)

Mit dem Golfkrieg hat sich die Macht der USA vergrößert und stellt neue Anforderungen im politischen Gefüge der Golfregion. Mittels der "Neuen Weltordnung" nach dem Niedergang des Warschauer Paktes soll nun weiterhin das Großkapital von den ausgebeuteten Völkern geschützt werden.

Die NATO, die an Macht gewonnen hat, formiert sich in der FIR (Forza di Intervento Rapido), um jederzeit zur Kontrolle der 'neuen' Ordnung einsatzbereit zu sein. Die FIR stellt eine im Aufbau befindliche Erweiterung der NATO nördlich des Äquators dar und soll diese ersetzen, um als Instrument der HERRschenden und deren Interessen zu wirken. Die Macht der NATO versucht alle Bewegungen und Einwände gegen den Imperialismus zu verbieten, falsch darzustellen und durch Terrorismus (Siehe Tb minus 49) zu schwächen.

Der Ausbau der schnellen Einsatzbereitschaft der NATO an der S-Flanke Europas wird mal mit der in den letzten Jahren vollzogenen Reduktion der Marineeinheiten und gleichzeitiger Erweiterung oder Neubau von Flugzeugbasen angestrebt.

Trotzdem die (fundamentaloppositionellen) Bewegungen in Italien erreicht haben, daß keine neuen Kernkraftwerke mehr gebaut werden, strotzen die NATO-Basen von nuklearen Waffen, die ständig alles bedrohen. Die Manöver verschmutzen das Wasser, Tiere werden vernichtet, in bestimmten Regionen muß die Bevölkerung in Bunker flüchten (Maddalena, Sardinien).

Die Militärindustrie geht daran sich zu reorganisieren und durch Fusion mit anderen Industriezweigen zu stärken.

Der Kampf gegen die NATO und das Militär ist eine der wichtigsten der autonomen(..) Bewegungen, die sich gegen das kapitalistische System und gegen den Gebrauch des Krieges zur Aufrechterhaltung der HERRschaft wenden. Kampfformen sind direkte Aktionen, Demos (was in Venedig noch wirklich Spaß gemacht hat), Camps und Blockaden, Boykott (Banken und Konzerne..). Totalverweigerung des Militärdienstes (1 Jahr) und der staatlichen

Zwangsschufferei (Zivildienst) wird mit ein bis drei Jahren Häfn (Höchststrafe 12 Jahre) geahndet.

Ein siegreicher Kampf gegen die F16 macht einen gemeinsamen europäischen Kampf gegen die Nato notwendig !!!

CAMPS GEGEN DIE NATO-BASEN IN ITALIEN

TIRRENIA (Toskana)

5.7. bis 14.7.

Dort befindet sich die Nato-Basis Camp Derby, wo Munition und Panzer gelagert werden. Im Golfkrieg war sie mit dem Hafen Livornos 24std im Einsatz. Das logistische System von Camp Derby ist mit den militärischen Nachrichtensystemen (centri di ricerca militare) der Toskana verbunden. Camp Derby ist/war das größte Zentrum der NATO in Italien und größte Ausbildungsstätte von GLADIO.

CAPO RIZZUTO - TARANTO (Süditalien)

27.7. bis 7.8.

Capo-Rizzuto: Es soll der Bau der NATO Basis, die mit F16 Kampfflugzeugen mit nuklearer Bestückung, die von Spanien verlegt werden sollen, ausgestattet werden soll, verhindert werden. Die Bauarbeiten sind blockiert, außer den Natodepen macht die Mafia, die von den Baufirmen Abgaben erhält, Schwierigkeiten.

Taranto: Es soll verhindert werden, daß die NATO-Kriegsschiff-Basis zur Plattform für Kämpfe der S-Front wird, wie es schon während des Golfkrieges gewesen ist. Ein großer Teil dieses Gebietes ist schon integriert in das operative System der Nato, über die Basen von Gioia del Colle, Grottaglie, Brindisi, Le Murge...

LA MADDALENA (Nordsardinien)

22.8. bis 1.9.

In diesem Sommercamp sollen die Nuklearwaffen in die USA zurückgeschossen werden. Sie stellen eine permanente Gefahr für die Bevölkerung dar. Von den 6 Natobasen in Sardinien waren einige während des Golfkrieges permanent im Einsatz. Sardinien ist auch von der geheimen Organisation Nato-Gladio benutzt worden: Am Kap Marrargiu (Alghero) war das logistische Zentrum für Deportation und Anti-Kommunismus.

Kontakte in Italien:

Radio Sherwood, viicolo Pontecorvo 1, I-35100 Padova, 049/8752129, Radio Onda Rossa 06/491750, Radio Onda d'Urto 030/4659, Radio Cashah 0831/21956

Japan: Linke Autonome Bewegung

(Bericht einer Genossin aus Japan, TATblatt)

Die radikal linke Bewegung in Japan und die Frauenbewegung (seit 20 Jahren aktiv) setzen sich vehement für die Tagelöhn/er/innen (Arbeit/er/innen) ein. Es sind dies Immigrant/inn/en (v.a. aus Bangla Desh, Thailand, Philippinen...) und Leute aus den ländlichen Gebieten im Norden des



Im Oktober '90 protestierten 2 Wochen lang die BewohnerInnen eines Slumviertels in Osaka gegen Korruption und Polizeivillkür.

Landes, die in den großen Städten Tokyo, Yokohama, Osaka, Fukuoka und Nagoya um ihr Überleben kämpfen.

Geschichtliches zu den Ausländ/er/innen:

In Japan stellen einen beträchtlichen Teil der Arbeitenden Korean/er/innen (650000) dar. Wie das?

1910 wurde Korea von Japan kolonialisiert, gleichzeitig wurden die Korean/er/innen gezwungen japanisch zu sprechen und den Kaiser anzubeten.

1939 wurden mit dem Beginn des 2. Weltkrieges bis 1945 3 Millionen koreanische Arbeit/er/innen nach Japan zwangsdeportiert. Während der Besetzung durch die USA, die an der Reorganisation des Staates beteiligt waren, wurden durch die politische Polizei wiederum 1 Million ausgewiesen.

1952 verloren die restlichen die japanische Staatsangehörigkeit, was besonders

problematisch war, aufgrund der fehlenden diplomatischen Beziehungen zu N-Korea.

Auch heute noch sind Korean/er/innen Opfer von rassistischen Angriffen. In den letzten 2-3 Jahren kommen vermehrt Leute aus den ausgebeuteten Ländern Süd-Ost-Asiens nach Japan, um ihren Verdienst ihren ausgehungerten Angehörigen zu schicken.

Durch die restriktiven Gesetze sind viele gezwungen "illegal" einzuwandern; die Ersparnisse saugen ihnen dabei die Schleppermafia yakuza(?) aus. Die Einwander/er/innen und Tagelöhn/er/innen (allein in Osaka leben 30000)

sind oft obdachlos. So versucht gerade eine Soligruppe einen 40-jährigen Mann aus Bangla Desh - der im September 1989 nach Japan gekommen ist, im Juli 1990 einen Job in einem Stahlwerk bekam und bald dabei 2 Finger verlor - zu helfen, das Management zu zwingen, eine Abfindung herauszurücken.

Jedes Jahr sterben 500 Leute aufgrund von Ausbeutung, Mangel an Ernährung und Gesundheitsfürsorge. Die radikalen Linken versuchen in Treffzentren den Tagelöhn/er/innen zu helfen, besonders daß sie was zum Füttern bekommen, aber auch um sie vor yakuza(?) und den dummen Uniformen zu schützen. So kam es bei einer Demo dieses Jahres, bei der die Revolutionäre gefilmt(!) wurden, zu einem Kampf mit den Bullen; Frauen wurden von den Zivis geschlagen. Tags darauf gabs eine weitere Demo der Frauen vor dem Bullenkommando gegen Rassismus, Sexismus...

Durch Sexismus und mangelnde Ar-

beitsmöglichkeiten müssen 10000e von Immigrant/inn/en als Prostituierte arbeiten. Ein Frauenhaus (Osaka) wurde daher gegründet, das nun auch vermehrt von japanischen Hausfrauen benutzt wird, die vor ihren brutalen Männern flüchten.

Die Meistunterdrückten, die Tagelöhn/er/innen, vertreten nicht die rassistische Einstellung der Massen, doch sind sie nur ein Teil der Arbeit/er/innen, die von den großen Gewerkschaften keine Solidarität erhalten.

Für den revolutionären Kampf in aller Welt !!!

Gegen Patriarchat, Rassismus und Ausbeutung überall!!!!!!

New York:

Tompkins Square Park geräumt

(TATblatt-Wien)

Am 4. Juni stürmten über 350 Polizisten den Tompkins Square Park im HausbesetzerInnenviertel Lower East Side. 200 Obdachlose lebten in Zelten und Hütten in dem 4 hektar großen Park. In den letzten drei Jahren kam es mehrmals zu Auseinandersetzungen und Straßenschlachten rund um den Park, zuletzt im Mai '91 als die Polizei die Abhaltung eines Open-Air Festes verhinderte.

Während des überfallsartigen Angriffs am 4.6. wurden 7 Personen verhaftet. Der Bürgermeister von New York Dinkins ordnete die Schließung des Parks an. Mindestens ein Jahr soll die "Renovierung" dauern, ein Zaun soll eine Wiederbesetzung verhindern. "Dieser Park ist ein Park, es ist kein Platz zum leben", erklärte Bürgermeister Dinkins nach der Räumung. Die Stadtverwaltung versucht die Kontrolle über den Park zurückzugewinnen um einen Unruheherd im Viertel auszuschalten.

papierTIGER

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoßen, die sie natürlich nie begangen hatte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt.

Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr.40. Tel. 5233071. Fax. 523307122.

Chlorfrei gebleicht

Antikommunistische Zensur im TATblatt ?!

(Sekretariat der MLPÖ, 20.5.91)

„Miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.“ So heißt es im Selbstdarstellungstext des Tb (siehe Minus 49 Nummer). Der bisherige Unterschied zwischen dem Tb und manch anderem Blatt ist, daß dort schon so

Stalinismus Diskussion

manche kontroverielle Debatte stattgefunden hat und stattfinden konnte (siehe insbesondere die Debatte über das Karam-Khella-Interview!). Das Tb hat den Anspruch, daß darin ohne bürgerliche Zensur über die brennenden Fragen linker Politik diskutiert werden kann. Doch leider stehen dem von der Redaktion des Tb bisher nicht offengelegte Praktiken gegenüber, die jedem fortschrittlichen Anspruch widersprechen.

1) Im Sommer 1989 wollte die „Rote Fahne“ der MLPÖ die im Tb scheinbar angebotene Möglichkeit nutzen, eine bezahlte Anzeige zu plazieren. Es handelt sich um die 1946 vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR veröffentlichte historische Richtigestellung der Verfälschungen und Verleumdungen der Sowjetunion unter Stalin im Zusammenhang mit dem sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt 1939 mit dem Titel: „GESCHICHTSFÄLSCHER - Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des zweiten Weltkriegs.“

Diese Anzeige wurde von der Tb-Redaktion abgelehnt. Von einem Redaktionsmitglied wurde ein Artikel dazu angekündigt, eine Art Rezension der Broschüre, bei der „ihr schlecht aussehen werdet“.

Bezeichnenderweise blieb es bei der prahlerischen Ankündigung.

2) Anfang 1991 wurde nochmals versucht, eine bezahlte Anzeige ins TATblatt zu bringen, diesmal einfach eine verkleinerte Titelseite der RF 242 „Der Oktoberstreik 1950“. Zunächst wurde von einem Redaktionsmitglied erklärt, daß damit wohl kein Problem bestehe. Auch diese Anzeige wurde abgelehnt. Angekündigt und geradezu „hochheilig versprochen“ wurde wiederum vom selben Redaktionsmitglied, daß im Rahmen eines Artikels über den Oktoberstreik 1950 auch auf die Stellungnahme der RF eingegangen würde. Aber das Redaktionsmitglied hatte auch diesmal wohl nur versprochen...

Das Tb lehnt keineswegs generell Anzeigen bzw. Anzeigen politischer Zeitschriften

oder Organisationen ab und macht keineswegs nur Werbung für Zeitungen, deren Standpunkte und Inhalte sie vollinhaltlich teilt. Im Tb hat es Anzeigen gegeben für die gewiß bürgerliche „MOZ“, für de facto proimperialistische Blätter der „KPÖ“, für anarchistische Kalender, schon gar nicht zu sprechen von Werbung für kapitalistische Unternehmen. Was bleibt? Die Zensur setzt also ein, wenn es sich um ein marxistisch-leninistisches Organ handelt.

Was bedeutet das eigentlich? Nehmen wir das Beispiel der Broschüre über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Da gab es letztes Jahr eine ungeheure antikommunistische Hetze in den bürgerlichen Medien, im ORF usw. Deren Quintessenz war die Gleichsetzung der sozialistischen UdSSR mit Hitlerdeutschland, ja im Grunde das Konstrukt, die UdSSR unter Stalin zum eigentlichen „Schuldigen“ zu machen. Deshalb sollte auch im TATblatt auf diese Broschüre aufmerksam gemacht werden mit dem Hinweis: „Entscheidendes Material, um der Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins entgegenzutreten.“

In dieser Broschüre wird ausführlich und anhand einer ganzen Fülle von Fakten die Frage beantwortet, die Stalin bereits in seiner ersten Rede nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die UdSSR offen gestellt und beantwortet hat: „Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Rippentropp eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden?“ (Stalin, 3.7.1941, zitiert nach RF 239, S.28).

Es handelt sich darum, daß das TATblatt mit der Zensurmaßnahme gegen diese Broschüre die Front derer verstärkt hat, welche um jeden Preis verhindern wollen, daß sich die Leute anhand der überzeugenden Argumentation der damaligen Sowjetregierung über die historischen Tatsachen klar werden.

Die mündlich von einem Redaktionsmitglied geäußerte Rechtfertigung, daß auch schon einmal etwas von irgendeiner trotzkistischen Gruppe abgelehnt worden sei, macht die Sache nicht besser. Es ist natürlich völlig korrekt, Werbeeinschaltungen von politisch reaktionären Gruppen abzulehnen, die sich links oder sogar „ultralinks“ ausgeben, in der Tat aber z.B. den Export von Noricum-Kanonen an das reaktionäre Regime im Irak befürworten.

Auf einer rein formalen Ebene lassen sich hier überhaupt keine Kriterien bestimm-

men, sondern nur im Zusammenhang vor allem mit dem politischen Inhalt.

Engels sagte einmal sinngemäß, daß die Bourgeoisie der Teilnahme der armen und ausgebeuteten Bauern an der revolutionären Befreiungsbewegung hauptsächlich „bannt“ mit der Beschwörung, daß die Kommunisten ihnen die letzte Kuh aus dem Stall holen und ihnen Haus und Hof wegnehmen würden. Heute „bannt“ die imperialistische Bourgeoisie die konsequent revolutionäre Politik vor allem mit der Beschwörung des gar so „schrecklichen Stalinismus“. Gegen den „Stalinismus“ zu sein ist die wichtige Eintrittskarte in den bürgerlichen Salon.

Heute zeigt sich deutlicher denn je, daß die Entwicklung, welche scheinbar so vorwärtsführend mit der „Kritik an den Folgen des Personenkults“ begann, nur der Auftakt zur kompletten Demontage Lenins und der Oktoberrevolution war, sich gegen den Marxismus und jede revolutionäre Politik überhaupt richtet, zur Vernichtung aller und jeglicher revolutionären Errungenschaften geführt hat.

Es gibt Leute, die darüber erschrecken, daß heute z.B. in der Slowakei ein Denkmal errichtet wird für den Oberfaschisten Tiso (Staatsoberhaupt im slowakischen Marionettenstaat von Hitlers Gnaden und 1947 hingerichtet). Aber warum denken sie nicht einmal tiefer darüber nach, daß und warum diese ganze Entwicklung untrennbar verbunden ist damit, was seit Jahrzehnten als „Entstalinisierung“ bezeichnet wird.

Wer nicht bereit ist, die von der Schule, von den Medien, von der Kirche usw. von früh bis spät verbreitete Propaganda gegen die Sowjetunion zur Lenins und Stalins zu hinterfragen, den „gängigen“ antistalinistischen Behauptungen zu mißtrauen, wer sich nicht bemüht, sich selbstständig ein eigenes Bild darüber zu machen, Dokumente dazu zu studieren usw., hat niemals auch nur eine Chance, der ganzen bürgerlichen Welt den Krieg anzusagen.

Das solltet ihr euch überlegen, wenn ihr nicht kampflös vor Portisch und Co. die Segel streichen, wenn ihr nicht unbedingt im Kreise der „linken“ Schoßhündchen der Bourgeoisie landen wollt, zu denen die Herrschenden sagen: „Macht was ihr wollt, aber bleibt brav auf der von den Herrschenden abgesteckten Spielwiese, an deren Zäunen das Schild hängt: „Vorsicht Stalinismus! Nicht weitergehen! Hier beginnt der für die Herrschaft der Bourgeoisie tödliche Kampf für den proletarischen Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats!“

Sekretariat der MLPÖ, 20.5.91

Antikommunistische Zensur im Tb ?

Antwort des Kollektivs auf das Schreiben des Sekretariats der MLPÖ vom 20.5.91

Wir haben zensuriert; wir haben zweimal die Veröffentlichung von Inseraten (gegen Kohle) der MLPÖ abgelehnt.

Es waren inhaltliche Gründe, warum wir den Abdruck der Inserate ablehnten. Wir wollten kein Inserat für eine Broschüre, die die menschenverachtende Politik der Sowjetunion besonders unter Stalin nicht erwähnt bzw. leugnet. Und wir wollten auch kein Inserat für eine Broschüre über den Oktoberstreik 1950, die von Oberflächlichkeit und Ungenauigkeit geprägt ist. (Die genauere inhaltliche Kritik an beiden Broschüren befindet sich auch in diesem TATblatt.)

Doch vor allem auch entscheidend für den Nichtabdruck der Anzeigen war unsere prinzipielle Kritik an der Politik der MLPÖ.

Diese Kritik und auch das Bauchweh, wenn wir MLPÖ-Artikel abdruckten, gibt es unter uns schon seit längerem. Doch es gab nie eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Inhalten der MLPÖ und über deren grundlegenden Charakter. Genauso wie es annähernd keine Auseinandersetzung über stalinistische Entwicklung und Politik der Sowjetunion in der Linken gibt.

Trotzdem lassen wir uns nicht aufzwingen, wie wir diese Debatte zu führen hätten. Vor allem nicht durch die Behauptungen der MLPÖ in ihrem Brief

- daß jede Auseinandersetzung mit Stalinismus der antikommunistischen Hetze der Herrschenden in die Hände spielt,
- und daß das TATblatt die Errungenschaften und Siege Stalins ("historische Tatsachen") leugnet.

Wir wollen nun erklären, warum wir glauben, daß das Nichtabdrucken der zwei MLPÖ-Inserate richtig war, und warum wir glauben, daß die MLPÖ nicht Teil einer autonomen Linken ist und auch nicht sein kann:

Die MLPÖ ist eine dogmatische Partei, deren unumstößliche Grundlage die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind. Die Lehren Marx, Engels, Lenins und Stalins werden von der MLPÖ weder hinterfragt, kritisch betrachtet, im zeitlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen, noch als teilweise falsch eingestuft, sondern sie gelten als nicht zu kritisierende, ewig geltende Grundlagen ihrer Politik. Und Befreiungskämpfe (auf allen Ebenen) können nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie sich strikt am Marxismus-Leninismus orientieren.

Die MLPÖ meldet sich zu den verschiedensten (aktuellen) Themen meist schrift-

lich zu Wort. Sie versucht (durch ihre schriftlichen Stellungnahmen) ihre Inhalte in die (autonome) Linke hineinzutragen. Sie ist dabei weniger an einer Diskussion interessiert, als an einer ständigen Präsenz ihrer Inhalte. Immer mit dem Ziel vor Augen, die (autonome) Linke mit ihren Inhalten zu missionieren, auf den "einzig richtigen" Weg zu bringen.

Die MLPÖ sagt dies auch selbst ziemlich deutlich: *"Die Hauptaufgabe der jungen Mitglieder und Kandidaten der MLPÖ, der jungen Freunde und Aktivisten der 'Roten Fahne' (Zentralorgan der MLPÖ, Anmerkung des Kollektivs) ist es, in diese Jungendzirkel und Gruppierungen junger Menschen hineinzugehen, dort die Rolle der aktivsten und bewußtesten Kräfte, der revolutionären Hefe, zu spielen und für die erfolgreiche Weiterentwicklung dieser Zirkel und Gruppierungen zum konsequenten Marxismus-Leninismus Sorge zu tragen."* (Tribüne, Beilage zur Roten Fahne Nr. 123, Dezember 1970)

Diese Aussage, die immerhin schon einige Jahre zurückliegt, hat sich immer wieder (z.B. in der Vorbereitung diverser Aktionen) als richtig herausgestellt.

Deshalb ist es nicht verwunderlich wenn folgende Tatsachen der MLPÖ noch nie eine Auseinandersetzung wert waren:

- daß Marx und Engels die Unterdrückung der Frau als Nebenwiderspruch¹ sahen,
- daß schon unter Lenin die Niederschlagung anderer politischer Richtungen (Verfolgung von AnarchistInnen, SozialrevolutionärInnen etc., Zerschlagung des Kronstädter Aufstandes im Mai 1921, ...) stattfanden,
- daß unter Stalin diese konsequente Verfolgung von Andersdenkenden, die Zwangskollektivierungen und die Industrialisierung der Sowjetunion zum Tode von Millionen von Menschen führte.

Um es ganz allgemein zu sagen: Wenn irgendeine Richtigkeit in der Geschichte täglich aufs Neue bewiesen worden ist, dann die, daß Freiheit, Sozialismus, Anarchie oder was auch immer, in jedem Fall aber antihierarchische, antikapitalistische, antipatriarchale und antirassistische Lebensformen nicht erzwungen, nicht aufgesetzt werden können; weder theoretisch noch praktisch. Und wenn Marx, Engels, Lenin, Trotzki und besonders Stalin samt Gefolgschaft etwas bewiesen haben, dann das eine:

Daß es eben NICHT reicht, ein paar tausend Kapitalisten abzuknallen und dann das ganze System unter einem anderen Kommando weiterlaufen zu lassen.

Und zu allerletzt: Das TATblatt hat keine 'Linie', keine klare Ausrichtung. Wir sind uns schon bewußt, daß wir Fehler machen.

Stalinismus Diskussion

Aber wir fühlen uns als Teil einer undogmatischen, autonomen Linken. Einer Linken, die Unklarheiten, Fragen, Ungenauigkeiten und Fehler solange zulassen kann, als sie am Weg zu einer antihierarchischen, antikapitalistischen, antipatriarchalen, antirassistischen Zukunft liegen. Mindestens 95% der Menschen, mit welchen wir uns verbunden fühlen, haben 'klassische Theoretiker' noch nie von innen gesehen. Dennoch sind wir der Meinung, daß sie sehr gute 'GenossenInnen' sind.....

Mit DIESEN wollen wir über den Weg diskutieren! Und darum haben wir uns entschieden in Zukunft nichts mehr von der MLPÖ abzudrucken.

TATblatt-Kollektiv

P.S.: Wer sich von der MLPÖ (z.B. den kritisierten Broschüren) ein Bild machen will, kann die diversesten schriftlichen MLPÖ-Produkte bestellen: Zentraler Literaturdienst der MLPÖ, Postfach 582, 1150/9 Wien

Und zu allerletzt ein Lesetip: eine ausführliche und interessante Betrachtung der Politik der SU vor allem unter Stalin ist in der Radikal Nr.142 (Inserat in diesem Tb) erschienen.

Fußnote:¹ Die These des Haupt- und Nebenwiderspruchs besagt, daß ersterer zwischen Kapital und Arbeit besteht. Jede andere Unterdrückung oder Ausbeutung (sei sie nun rassistisch, patriarchal, imperialistisch,... begründet) wird zum Nebenwiderspruch. Engels meint dazu: *"Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann kann meiner Überzeugung erst Wahrheit werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt (...) ist."* Friedrich Engels 1885, MEW, Bd. 36, S.341 ●

Zur Broschüre "Der Oktoberstreik 1950"

(TATblatt-Wien)

Es gab im Oktober 1990 eine Auseinandersetzung mit dem Oktoberstreik 1950. Im Rotstülzchen (Gott hab' es selig) war eine Veranstaltung; ein TATblatt-Beitrag war in Vorbereitung. Am Ende der Vorbereitungen lag ein etwa 22 Seiten langes Manuskript vor, von dem wir auch heute noch nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen (vielleicht wirds einmal eine Broschüre).

Und noch was wäre vorzuschicken: Es gibt eigentlich nur sehr wenig Material über den Oktober-Streik. Wir machten uns daher die Mühe, so ziemlich alles, was wir in die Finger bekamen, zu verarbeiten. Wir interviewten ZeitzeugInnen, besorgten Photos aus Archiven, suchten Kopien alter Polizei- und Gerichtsakten usw.

Dann kam die MLPÖ....

Ohne das JETZT UND HIER in aller Deutlichkeit belegen zu können, ist die MLPÖ-Broschüre so ziemlich das Seichteste, was es in Bezug auf den Oktoberstreik gibt! Der Vorgeschichte des Streiks werden lediglich 9 von 70 Seiten gewidmet, und die sind vornehmlich mit inhaltslosen Parolen gespickt. Beispiel gefällig?

"Breite Kreise des österreichischen Volkes, besonders der Arbeiterschaft, forderten daher in zahllosen Versammlungen, Entschließungen und Manifestationen energisch, diese Betriebe (das ehemalige 'deutsche Eigentum'; Anm.TATblatt) unter keinen Umständen wieder in die Hände der in- oder ausländischen Monopolisten zurückgelangen zu lassen.

Die Kräfte des Kapitals waren unter diesen Umständen außerstande, sich offen über die Bestrebungen der Massen hinwegzusetzen. Die Situation war auch in Österreich für die Bourgeoisie damals nicht frei von 'Risiken', schon weil es in unmittelbaren Nachbarländern zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Monopolbesitz der Bourgeoisie kam, wie in der Tschechoslowakei und in Ungarn, und im östlichen Teil Österreichs die Rote Armee stand.

Die führenden österreichischen Politiker erkannten, daß sie um Verstaatlichungsmaßnahmen nicht nur nicht herumkommen würden, sondern diese unter Umständen sogar ein wirksames Mittel zur Sicherung und Durchsetzung ihres Grundinteresses zum raschen Wiederaufbau ihrer Profitwirtschaft, zum Betrug an der Arbeiterklasse sein konnten."

Stimmt. Heißt aber letztlich gar nix:

- Wann und wo waren die unzähligen Versammlungen? Wie verliefen sie? Wurden dort nur Hände zu vorformulierten Papieren gehoben? Oder wurden die Forderungen militant untermauert?

- Wer waren die Kräfte des Kapitals? Wie traten sie in Erscheinung?

- Welche einschneidenden Maßnahmen

wurden in der CSSR und in Ungarn gesetzt? Wie können sie beurteilt werden?

- Warum war die Rote Armee ein Risiko? Vielleicht, weil sie so revolutionär war? Oder vielleicht doch, weil sie den Auftrag hatte, einen sowjetisch dominierten Machtbereich zu sichern und damit mehr oder minder zufällig in Konflikt mit den österreichischen Kapitalisten hätte geraten können?

- Und, und, und.....?

Wir waren der Ansicht, daß mensch, der



oder die noch nie was über den Oktoberstreik gehört oder gelesen hatte, mit dieser Broschüre nur halb-, wenn nicht gar nur viertel- oder achtelinformiert worden wäre. Aber das ist kein Grund, ein Inserat abzulehnen (vor allem nicht, wenn wir das Geld dringend brauchen).

Entscheidend für die Ablehnung des Inserates waren wiederum Verschleierungen der Ursachen und Auswirkungen des Stalinismus¹⁾:

• Die sowjetische Führung hatte 1950 kein Interesse an einer starken Bewegung von ArbeiterInnen in Österreich. Ihr vorrangiges Ziel war die Etablierung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa. Aus diesem Grund legte sie den österreichischen Genossen nahe, es doch bitte ja nicht zu einer Eskalation mit den Yankees kommen zu lassen.

Ernst Fischer, 1950 Mitglied des Politbüros der KPÖ und 1968 als Kritiker ausgetreten: "Am Nachmittag des 26. September 1950 kam Fürnberg, der im Politbüro für die Verbindung mit den Russen sorgte, von einer Besprechung mit sowjetischen Funktionä-

ren. Die sowjetischen Freunde, so berichtete er, seien unzufrieden und beunruhigt. Die Streikbewegung komme ihnen ungelegen, umso mehr, da fast nur Arbeiter der USIA-Betriebe in den Streik getreten seien (als seien die größten Betriebe Österreichs in Linz und Steyr USIA-Betriebe gewesen!)²⁾. Jeder Streiktag koste die USIA enorme Summen und treffe weniger die Regierung als die sowjetische Planerfüllung. (...) Fürnberg schlug vor, die Arbeiter zum Abbruch des Streiks aufzufordern, einige Tage der Agitation in allen Bundesländern einzuschalten und dann den Kampf auf breiterer Basis fortzusetzen. Die meisten von uns Mitgliedern waren fassungslos. Dann polierte als erster Honner, ob Fürnberg den überhaupt wisse, was eine Massenbewegung sei. Das sei doch kein Streik, den wir Kommunisten angeordnet hätten und auf sowjetischen Wunsch wieder ablassen könnten. (...) Lauscher, Marek, Horn und ich unterstützten Honner, ließen uns aber schließlich durch das Argument, es sei in dieser gefährlichen internationalen Situation verantwortungslos, die sowjetischen Genossen in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen, zwar nicht überzeugen, aber unsicher machen. (...) Am Abend sprachen wir in Kundgebungen, um unseren Genossen einzureden, daß ein widersinniger Beschluß den Interessen der Arbeiterklasse entspreche" (Aus: "Das Ende einer Illusion").

Der MLPÖ ist diese Schweinerei: ganze 4 Zeilen wert: "In den USIA-Betrieben wurde auf kampfbereite Arbeiterinnen und Arbeiter keinerlei politischer Druck ausgeübt, auch wenn es sowjetische Direktoren bisweilen nicht gerne sahen, wenn die Belegschaften an den Streik- und Demonstrationen teilnahmen und damit unter Umständen die Planerfüllung gefährdeten." Im übrigen sicherte die sowjetische Kommandatur "in ihrer Zone die Rahmenbedingungen des Streikrechts, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit,...."

Diese Verdrehung von Tatsachen mag blöd oder peinlich sein. Richtig arg wird es unserer Ansicht nach, wenn die MLPÖ in ihrer Broschüre den 14. Parteitag der KPÖ kommentiert (November 1948).

Der 14. Parteitag der KPÖ war, so meint die MLPÖ, der "relativ beste Parteitag der Nachkriegs-KPÖ". Einerseits deshalb, weil die staatstragenden Illusionen der KP-Führung von 1945 nach Beginn des kalten Krieges wohl endgültig reif für den Papierkorb waren. "Ein aber vielleicht noch zwingender Grund war die Kritik der KPDSU und der Kominform am Tito-Revisionismus von 1947/48. Im Zusammenhang damit wurde der Kampf gegen den Rechtsopportunisten forciert, welcher sich in verschiedenen kommunistischen Parteien Westeuropas, aber auch anderswo, immer breiter machte"

(MLPÖ-Broschüre).

Im "Kampf gegen den Rechtsopportunisten" waren der Politik Stalins in der SU folgend zwischen 1948 und 1950 in der CSSR 250 000 Menschen aus der Partei ausgeschlossen worden, in Bulgarien 92 500, in Rumänien 192 000 und in Ungarn 483 000; unzählige Menschen wurden als Feinde des Sozialismus hingerichtet. Worte wie Titoismus, Rechtsopportunisten, Revisionismus waren Rechtfertigungsfloskeln für politische Verfolgung und Mord in den angeblichen Volksdemokratien.

In diesem Zusammenhang wieder ein Original-MLPÖ-Zitat: Mit der Äußerung eines Redners, das Parteistatut dürfe keine Grundlage für unberechtigte und unbegründete Säuberungsaktionen darstellen, werden "faktisch Säuberungen überhaupt als unberechtigt und unbegründet hingestellt, denn von berechtigten und begründeten Ausschlüssen untauglicher und schädlicher Elemente sprach (der Redner) kein Wort!"⁵⁾

Wir werfen der MLPÖ damit Verharmlosung, ja sogar Leugnung der Morde der Stalin-Ära vor, denn von den unberechtigten und unbegründeten Ausschlüssen angeblich untauglicher und schädlicher Elementen

samt folgender Hinrichtungen schreibt sie mit keinem Wort!

Fußnoten:

1) Zum Begriff Stalinismus. Wir sind in diesem Punkt mit der MLPÖ einer Meinung, nämlich: Für die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion kann nicht eine Person allein verantwortlich gemacht werden; auch nicht für das Terrorregime zwischen 1929 und 1953 (die 'Ära' Stalin). Die Entwicklung des repressiven Bürokratismus setzte bereits viel früher ein. Als Beispiel wäre etwa die Ersetzung der Fabriksräte durch der Hierarchie verantwortlichen Betriebsleiter im Jahr 1918 zu nennen. Der Stalinismus ist wohl 'nur' jene Phase in der Geschichte der SU, in der die relativ stärkste Repression angewandt werden mußte, um das bürokratische System aufrecht zu erhalten. Ein fast österreichisches Phänomen: Einer hat geführt; andere haben ausgeführt, durchgeführt,.....

2) USIA: Zusammenschluß der sich ehemals in deutschem Besitz befunden habenden Betriebe innerhalb des von 1945 bis 1955 sowjetisch besetzten Teils Österreichs unter Leitung sowjetischer Betriebschefs.

Ausgangspunkte des Streiks gegen den 4.Lohn- und Preispaakt, der praktisch ein Einfrieren der Löhne und eine Verdoppelung der Preise bedeutete, waren die heutige VOEST und die Steyr-Werke gewesen. Beide lagen in der US-besetzten Zone, waren also keine USIA-Betriebe. Ein weiterer Kernbereich der Streikbewegung war die Steiermark, die ebenfalls nicht von sowjetischen, sondern von englischen Truppen besetzt war.

3) Wohl nicht zufällig findet sich in der MLPÖ-Broschüre eine Werbung für das Buch "Der Kampf J.W.Stalins und der Komminform gegen den Titorevisionismus". Komminform: Kommunistisches Informationsbüro; in diesem waren alle moskautreuen kommunistischen Parteien von 1945 bis 1956 zusammengeschlossen. Tito: Jugoslawischer PartisanInnen-General; organisierte den Widerstand gegen den Faschismus auf dem Gebiet des heutigen Jugoslawien und in großen Teilen Kärntens; 1947 Bruch mit Stalin; Versuch eines 'eigenständigen Weges zum Sozialismus'; is aber a nix wurn.....●

Kritik der Broschüre "GESCHICHTSFÄLSCHER"

Die Broschüre beschreibt an Hand von Zitaten und Zahlenmaterial die Unterstützung des erstarkenden Nationalsozialismus durch Großkapitalisten und Politiker in den USA, GB und Frankreich, und zwar im Wesentlichen korrekt. Des Weiteren behandelt sie die Isolation der Sowjetunion durch die Westmächte und legt, unserer Ansicht nach auch völlig korrekt, dar, daß die USA, GB, Frankreich etc. so ziemlich alles unternommen haben, um das faschistische Deutschland zum Angriff auf die Sowjetunion zu bewegen, bzw in der Ausführung dieses Plans zu unterstützen.

Als Argumentationsmaterial für die Charakterisierung des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft geht das o.k.

Das Ziel der Broschüre ist es aber, den Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts als unvermeidbar darzustellen, und das ist alles andere als o.k.!

Über 70 Seiten hinweg findet sich in der "Geschichtsfälscher"-Broschüre kein Wort über die innenpolitische Situation der SU, kein Wort von der planmäßigen Ausrottung der Opposition, kein Wort von den Millionen von Opfern der Zwangsindustrialisierung.

Jetzt könnte mensch fragen: Was hat das

miteinander zu tun? Muß mensch jedesmal, wenn das Wort Stalin fällt, gleich die umfassende Analyse der 'Fehler' Stalins mitliefern?

Wir meinen NEIN, mensch muß nicht.....es geht uns nicht um die Etablierung neuer Rituale, sondern eben um die

Wir meinen, daß in einer Diskussion, die ihres Namens würdig sein soll, auch andere Fakten als die in der Broschüre genannten enthalten sein müssen. Wir meinen da zum Beispiel

- den Hinweis, daß die überwiegende Mehrheit der BewohnerInnen der Sowjetunion kein sonderliches Interesse an der Unterstützung der Sowjetregierung hatte, nachdem die Bolschewiki Millionen von Menschen am Land hatten hungern lassen, um sie zum Zug in die Stadt, zur Arbeit in den Fabriken zu zwingen; und nachdem diese Politik der Zwangsindustrialisierung und Zwangskollektivierung Millionen von Toten gefordert hatte.

- daß mit der planmäßigen Liquidierung der linken Kader und Oppositionellen die revolutionäre Bewegung in der Sowjet-

union zu einem bürokratischen und repressiven Dauerstillstand umgewandelt wurde.

- daß die Bereitschaft der Menschen, sich am Kampf gegen den Faschismus in der Guerilla zu beteiligen erst in Folge der deutschen Massenmorde an der Bevölkerung wieder anstieg.

Unsere Vorstellungen von Freiheit, von solidarischen Gesellschaftsstrukturen, von Arbeit ohne Ausbeutung usw beinhalten,



Diskussion brennender Fragen linker Politik.

Aber es ist schon lachhaft, wenn die MLPÖ zum Beweis der Tatsache, daß das TATblatt eine wichtige Diskussion verhindern will, aus der Radiorede Stalins vom 3.Juli 1941 zitiert ("Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden?"), das Zitieren aber genau vor jener Stelle beendet, an der Stalin meint: "Natürlich nicht!"

daß diese den Menschen nicht mit Gewalt und/oder Bürokratie aufgezwungen werden; und zwar nicht (nur) aus Träumerei, sondern aus der Erkenntnis, daß es nichts gibt, was Menschen auf Dauer aufgezwungen werden kann (und an genau DEM Punkt solltet ihr euch vielleicht Gedanken über die Aufstellung des Tiso-Denkmal machen; oder über die Existenz von Hols,...).

Nach über 50 Jahren ist es leicht, schlauer zu sein. Aber wir meinen dennoch, daß die Sowjetunion 1939 außenpolitisch weit besser dagestanden wäre, wenn sie sich nicht zuvor aktiv an der Bekämpfung revolutionärer Gruppen in Spanien, in Mexico, in Deutschland und sonstwo beteiligt hätte! In Spanien hängt die Niederlage der Repu-

blik 1939 ja wohl direkt mit der Politik der SU zusammen.

Sie wäre innenpolitisch weit besser dagestanden, wenn die SU-Führung eine 'nicht-bolschewistische'¹⁾ Linke akzeptiert hätte.

Unsere Schlußfolgerung: 'Schuld' am Faschismus sind die, die ihn etabliert haben. Mitschuld am Erstarken des Faschismus sind die, die ihn hätten wirksam bekämpfen können, dies aber frühzeitig behindert (KPD-Politik in Deutschland) oder sogar unterbunden haben (Komintern-Politik in Spanien).

Wenn der Hitler-Stalin-Pakt eine Notwendigkeit war, und genau das will uns die "Geschichtsfälscher"-Broschüre verklickern, dann nur in Folge und zur Sicherung der Machtpolitik Stalins. Unserer Ansicht

nach war daher der Hitler-Stalin-Pakt keine Notwendigkeit, sondern ein Verbrechen!

Ein Akzeptieren des Inserates hätte bedeutet, daß wir die in der Broschüre vertretene Meinung für eine innerhalb einer Diskussion unter Linken zumindest vertretbare halten.

Fußnote:

1) Wobei das Wort Bolschewiki (Russisch: Mehrheitler) doch bitte, seien wir ehrlich, eine Verarschung ist. Wenn wir heute dreihundert Linke auf einen Kongreß kriegen, dann können 160 Autonome leicht eine Mehrheit bilden. Und in etwa so sind die Bolschewiki 1903 auch zu den "Mehrheitlern" geworden. ●

Zum Konzert vom 31.5 im flex

(flugi von frauen)

2 wochen vor dem auftritt von "big thing" und "flag of democracy" tauchten plakate mit einer bikerfrau mit nacktem busen, fuckfinger, whiskyflasche und amiflage als stirnband auf — ausdruck befreiter sexualität, laut flextyp T.

die befreiung der frau konnten wir gleich bei der 1. gruppe im flex hautnah miterleben, vor allem von ihren kleidern. entgegen sonstiger reaktionen auf befreiungsversuche von frauen waren die typen diesmal sehr angetan. zur unterstützung ihres auftritts brauchte die band zwei striptease-tänzerinnen. scheinbar reicht die musikalische beglückung nicht mehr, sexistische sonderlagen werden nötig. die reaktionen waren unterschiedlich: einige typen wollten das ereignis auf keinen fall versäumen, andere, die nicht verstehen konnten, daß striptease unter underground-kultur fällt, sind rausgegangen. jedenfalls fiel es keinem typ ein, irgendetwas zu sagen oder gar zu tun. nachdem frauen sich beschwerten und den saft abdrehen, bekamen sie einiges zu hören: "gehts doch ins frauenhaus", "holt doch die weiber von der bühne runter, drahts net den strom ab!". die frau, die es gewagt hatte, den hauptschalter nach unten zu bewegen, wurde von typen körperlich angegriffen. "strom abschalten is hinterlistig, auf die bühne gehen ist offensiver" tolle ratschläge von typen an die frauen, die sich da aufregten; daß eben diese frauen die stripteasetänzerinnen runterholen sollten. und damit ist das problem gelöst, oder wie! die typen von der band sollen einfach weiterspielen! das problem sind wieder die frauen! und die typen hatten nix besseres zu tun, als auf frauen einzureden, bzw. zu verhindern (gewaltsam), daß der auftritt von frauen beendet werden konnte.

es kann kein streitpunkt sein, daß dieser auftritt sexistisch war; die frage ist, warum sexismus erwünscht ist, inszeniert wird und daß solche auftritte auf der scene stattfinden. ob sexismus oder nicht, das wird auf der scene nach kriterien des "geschmacks"

beurteilt. eine ankündigung für ein konzert stellt eine frau dar, die einen olla aufbläst, nach erklärungen eines typs trägt dies zur aids-aufklärung bei. vollbusige frauen "entsprechen nicht der norm", "sind keine models", also angeblich keine wixobjekte, daher ist die abbildung nicht sexistisch, sondern fortschrittlich.

wir machen euch darauf aufmerksam, daß wir gegen alle sexistischen plakate, egal ob von euch oder von palmers vorgehen werden.

Zur Erklärung: Das Konzert wurde nach den "Beendigungsversuchen" fortgesetzt.

Wir hoffen auf Stellungnahmen von Leuten aus dem flex. TATblatt

Termine

diesmal nur in Wien

■ Zeltlager

Sa.15.Juni-22.Juni, 10.00, gegen die Obdachlosigkeit von AsylwerberInnen, Solidarität ist eine — aber das braucht euch ja nicht mehr gesagt werden!!!!



International Coalition AGAINST Large Dams

■ Staudamm-Konferenz-GegnerInnen

Di.18.Juni, 10.30, an Bord des Schiffes "Johann Strauss", Schwedenpl., Donaukanal, Pressekonferenz von Opfern der Monster-Staudämme in Brasilien, Thailand und Türkisch-Kurdistan. INFOS: Global 2000, Tel.0043-1-310 40 771, Anlaß ist eine Konferenz der weltweiten Staudamm-Lobbyorganisation ICOLD in Wien.

dazu im Filmhaus Stöbergasse (6.Bez.):

Mi.19.Juni, 19.00, Das wahrhaftige Wort des klugen Bauern, Sommer — Nil — fruchtbarer Schlamm — Bau des Assuan-Hochdamms — moderne Landwirtschaft — Natur-und Lebenskreislauf zerstört.

Do.20.Juni, 19.00, Geraubte Erde-Terra roubada, Nordosten Brasiliens — größter Stausee der Welt Sobradinho-See — totale Fehlentwicklung — kreditabhängige Großtechnologie — lebensverachtende Struktur.

am selben Tag zur selben Zeit: Damming the Narmada River, fünfgrößter Fluß Indiens — Entwicklungsprogramm 30 Großkraftwerke, 135 mittlere Dämme und über 3000 kl.Stauwerke geplant — eine Million Menschen werden vertrieben — Protestbewegung — Weltbank unter Druck — schwierige Bedingungen bei der Produktion dieser Dokumentation — Uraufführung im deutschsprachigen Raum.

■ Evviva Nicaragua

Jeden 1.Dienstag im Monat, 18.00, info-abend, Köhlg.27 (5.Bez.).

25.Juni, 19.00, Diavortrag, Tur-nusarzt sein in Nicaragua (in der Provinz Leon)

Anfang September geht eine Brigade nach Nicaragua. Interessierte melden: Amerlinghaus, Stiftg.8 (7.Bez.), Tel.43 88 39(Rudi)!!!!

■ TU, Karlsplatz&Umgebung, 4. Bezirk (nicht bekannt wo genau auf der TU)

Di.18.Juni, 19.00 "Wien in Atem-

not", Podiumsdiskussion mit Hermann Knoflacher (Prof.TU-Wien), Mattes (BMFUJF), Robert Thaler (VÖ) und anderen.

»»»Fest'in in Wien»»»

■ Lesbisch-schwule Fest-woche:WIR MACHEN UNS BEMERKBAR...

Fr.21.Juni, 20.00, Filmgala im Filmhaus Stöberg.11-15 (5.Bez.), mit Kurzfilmen v. Ursula Pürer u. Angela Scheirl u. dem Kultfilm "Wiener Brut".
Sa.22.Juni, 20.00, Eröffnungsfest im HOSI-Zentrum, Novarag.40 (2.Bez.).

So.23.Juni, 20.00, Lesung im Café Willendorf, Helga Pankratz liest Lyrik u. Prosa aus der wunderbaren Warenwelt: "Loving Maid Inc. & Co. Ltd."

Mo.24.Juni, 19.00, Schwul/lesbischer Gottesdienst in der Ev. Stadtkirche H.B. (Dorotheerg. 16, 1100), anssl. findet in der Pfarre ein gr. HuK-Fest statt.

Di.25.Juni, 20.00, Festwochenkino im HOSI-Zentrum: ILGA'89 in Wien. Das Video zum Ereignis.

Mi.26.Juni, Trommelworkshop für Lesben, INFO: ROSA LILA TIP, Tel.568 150. &&& Mal-workshop für schwule Männer, INFO: HOSI-Zentrum, Tel.26 66 04. &&&& ab 20.00 im HOSI-Zentrum Diskussion zum Thema "Berufsverbot für Lesben" mit Ausschnitten aus der Show "Weiber von Sinnen".

Do.27.Juni, 20.00, HOSI-Zentrum, Schwule u. Lesben lesen aus eigenen Werken.

Fr.28.Juni, 17.30, Festzug durch die Wiener Innenstadt mit launiger Ansprache u. Guinness-

Weltrekordversuch (gr. Rosa Winkel der Welt), Treffpunkt: Pestsäule (Graben).

Sa.29.Juni, 14.30, 2.Ö.Lesbenfußballmatch auf der Praterwiese, bitte weißes und/od. schwarzes T-Schört mitbringen, Treffpunkt: Praterstern, Tegetthof-Denkmal. &&& Abschlußfest in der ROSA LILA VILLA, ab 20.00. mit der Schweizer Frauen-Jazzband "atropa belladonna" mit "musica creativa" in kompromißlos persönlicher Art, anssl.Tanzmusik ohne Ende.

Was gibt's zu feiern? Das Wochenende vom 27.-29.Juni 69 wird int. als Geburtsstunde der Befreiungsbewegung von Lesben und Schwulen angesehen: Damals geschah es, daß sich Homosexuelle erstmals gegen die willkürlichen Übergriffe der Polizei zur Wehr setzten: In der New Yorker Bar "Stonewall Inn" war eine ganz "alltägliche" Razzia Anlaß für einen mehrtägigen Kampf von Lesben und Schwulen gegen die Polizei und ihre Schlägertrupps. Weltweit wird seither dieses Wochenende Ende Juni mit "Lesbian and Gay Pride Days" gefeiert, mit dem Aufruf: Schluß mit dem Verstecken! Solidarität, Selbsthilfe!!!!

■ Waggonfest

Sa.22.Juni, ab 18.00, im S-Bahnhof Liesing Gleis 504, das Betreten der Südbahngleise ist verboten, FußgängerInnenunterführung benutzen, **es lädt: Ornett**

■ Tanzveranstaltung für Totalverweigerung

Do.4.Juli, ab 20.00, Ausstellungsraum, Obermüllnerstr.5

(2.Bez.), es tanzen-spielen-lesen-machen lärm: KUNDALI Folk Jazz Gruppe aus Kärnten u. Slowenien, GEORG FRIESENBICHLER Lesung mit Klavierbegleitung (Helmut Linderer), TRAPEZ WienerInnenlieder, FRANZ HÜTTERER Kabarett Fiasko, CHRISTIAN LUKSCH liest Borchert, MARTIN AUER und Band, ZITA E SABINA Canzoni delle lavoratrici!!!!

Sa.6.Juli, 20.00, Bach, Bachg.21 (15.Bez.), es spielen die "RUSTY CHOROS"!!!!

■ Bluesical (???)!!

Do.27.Juni-27.Juli, Di.-Sa. 20:30, Brücke, Wipplingerstr.23 (1.Bez.), ein Wiener Bluesical von und mit Richard Weihs über den legendären Wiener Musiker "August Zeilborsky", vulgo. "Blues-Gusti".

■ Flex, Arndtstr.51 (12.Bez.)

Mi.19.Juni, Boiler Live Pool bietet: Krüppelschlag.

Sa.22.Juni, Darma Bums Insane.

Mi.26.Juni, Boiler Live Pool bietet: Females Under Tension + Juggling Jugulars (FIN.).

Sa.29.Juni, Anhrefn (GB.).

■ Arena, Baumg.80 (3.Bez.)

Do.20.Juni, Die Fliege/Film/Heuriger.

Sa.22.Juni, Fam. mit umgek. Düsenantrieb/F/H.

Sa.22.Juni, 2. Arena Fussball Cup.

So.23.Juni, Kitchens of Distinction.

Mo.24.Juni, Dickies/Noise Annoys...

Di.25.Juni, Pat Metheny OPEN AIR.

Do.27.Juni, Home of the Brave/F/H.

Sa.29.Juni, D.O.A./F/H.

So.30.Juni, Temptations OPEN AIR.

Do.04.Juni, John Lee Hooker OPEN AIR

■ ZUM ZUHÖRN

■ Piratenradio

■ jeden Mi., 20.00, 103,3

■ MHz, free your ears &

■ listen to this.

jeden Tag, jede Zeit, ANNA (ANDERÉ NACHRICHTEN), Tel.58 801-5801.

■ FÜR DIE KONDITION

jeden Fr., 16.00, Radfahren Am Freitag, Radioshausplatz, mit Rad oder ohne (hechel, hechel), ...

■ Eg-Karawane kommt

Mi.19.Juni, 19.00, Vorbereitungstreffen für die "Karawane"

Mi.26.Juni, 19.00, Vorbereitungstreffen für die "Karawane"

Wer gegen die EG ist/war/wird sein, die/der sollte sich einfinden und zwar TATkräftigst!!!!

■ Oper

Di, 18. Juni: AntifaDemo gegen Haider'sche Vollbeschäftigungspläne ●

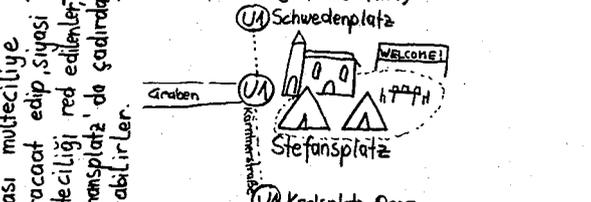
ALL POLITICAL REFUGEES WHO WERE NOT ACCEPTED IN TRAIKIRCHEN OR HAD TO LEAVE THEIR PENSION CAN FIND SHELTER BETWEEN THE 16th OF JUNE AND THE 22nd OF JUNE AT STEPHANSPLATZ VIENNA 1st DISTRICT.

সমস্ত রাজনৈতিক প্রতারণা ভিত্তিক পলায়নকারীরা যেসব দেশসমূহে কাজে গিয়েছিল তারা তাদের পেনশন পেতে পারবে না। তারা পেনশন পেতে পারবে না। ১৬ই জুন থেকে ২২ই জুন পর্যন্ত স্টেফানসপ্লাট, ভিয়েনা, ১^ম ডিস্ট্রিক্ট।

وہ عمارتیں جن میں کافور لے کر کی بنا پر ہمارے کمیٹی "ٹرائسکیرچن" نے قبول نہیں کیا ان کے لیے "سٹیفن پلاٹز" میں کمیٹی بنایا گیا ہے۔ ان سے درخواست ہے کہ درج ذیل پتہ پر پیشکش لائیں۔

کلید چاہندگان میانهی که نباید لایه درخواست آنا در "ٹرائسکیرچن" مورد قبول قرار گرفته و با ممبرانہ ترت پائسیرین محل اقامت خود شدہ۔ نند، میتراشد برای اعتراض به امکانہ موجودہ. از روز ۱۵ این ۲۱ ژوئن در محل "استمان پلاٹز" واقع در منطقه ۱ وین جمع نمایند.

Cei care au fost refuzati de Lagarul din Traiskircher sau eți dati afară din pensioane au posibilitatea de a Locui din 15-6-91 ora 8⁰⁰ pînă în 22-6-91 în Stefansplatz, 1.Bezirk, Wien (în cîntîri)



Siyasi mütteciliye müraacaat edip siyasi mütteciliyi red edillendef Stefansplatz' de şadralar oturabilirler.

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr
TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz; Kastellfeldgasse 34/16

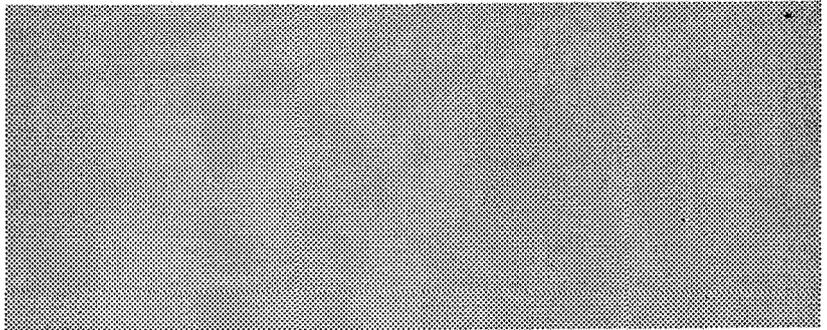
TATblatt-Linz: Kontakt: 4020 Linz, ILL Pfarrgasse 1/l. Stock

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung Abonnentinnen! Die im Adresspfeiler unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



Es reicht! Wohnraum für alle!

HAUSBESETZUNG am Sa.29.6.91!

(genauer Zeitpunkt und genauer Treffpunkt werden mittels Plakate etc. noch angekündigt)

SOLI-FEST am Fr.28.6.91!

(genauer Zeitpunkt und Ort werden ebenfalls noch bekanntgegeben)
Also haltet in den nächsten Wochen Augen und Ohren offen!

Redaktionelle Beiträge sind als solche gezeichnet. Nicht als redaktionell gezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der jeweiligen Schreiber und Schreiberinnen wieder! Selbstverständlich distanzieren wir uns von allen, in nicht redaktionellen Beiträgen aufgestellten Behauptungen und vertretenen Meinungen....

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünnergasse 1) ● BH Kolisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntner-torpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** * unser Laden (Apostelgasse 17) ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl Kuku (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozsigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Drahdwaberl-Antiquariat (Zinzendorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) ● ILL (Pfarrgasse 1/l.Stock) **KLAGENFURT:** ● Volksgruppenreferat Uni (Universitätsstraße) **INNSBRUCK:** ● Am Haven ((Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Cafe Ultimatum (Dreihelligenstraße 9) **SCHWERTBERG (oö):** ● Kulturverein Kanal (Joseftal 21) **SCHWAZ/TIROL:** ● "Dritte Welt Laden